

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 161 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 6/2008 VOM 30. MAI 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Haushaltskonsolidierung durch Ein-Euro-Jobs?**
Armutslöhne mit »Bürgerarbeit«

8 | **Park oder Kinderspielplatz?**
Ein Ortsteilzentrum für Finow

12/13 | **Praha, ma láska – vom Januar zum August**
Mein Jahr Achtundsechzig (III)

Kranbau soll den Namen von Nazis erhalten

Ab Juli soll aus dem Kranbau der »Ardelt – Betrieb Eberswalde« werden



Mariana Bogusz und **Janina Wyrzyhowska** (1.u.2.v. rechts) gehörten zu den Tausenden Arbeitssklaven, die während des 2. Weltkrieges in den Ardelt-Werken schufteten mußten. Die ehemaligen Häftlinge Frauen-KZ Ravensbrück besuchten 1999 gemeinsam mit ihren Leidensgenossinnen **Zofia Taciak** (links), die im KZ-Außenlager Finow eingesperrt und in der Munitionsherstellung der Finow Kupfer-Messingwerke AG arbeitete und der Dolmetscherin **Hana Wolozuk** (2.v.l.), die selber Zwangsarbeiterin in einem Neubrandenburger Außenlager des KZ Ravensbrück war, die Forschungs- und Gedenkstätte in den Baracken des KZ-Außenlagers Eisenspalterei. Aus der vom Barnimer Bürgerpost e.V. getragenen Forschungs- und Gedenkstätte entstand später das Geschichtswissenschaftliche Institut e.V. (GWI), dessen aktuelle Ausstellung zur Zwangsarbeit derzeit in den Räumlichkeiten des GWI (16227 Eberswalde, Havellandstr. 15, ehem. Kita »Spatzennest«) zu sehen ist.

Es ist anderthalb Jahre her, da konnte die Benennung einer Eberswalder Straße nach dem NSDAP-Mitglied Rudolf Schmidt gerade noch abgewendet werden. Nach Veröffentlichungen in der »Barnimer Bürgerpost« (BBP 11/2006) wurden die bereits durch den Kulturausschuß gegangenen Pläne stillschweigend im Papierkorb abgelegt.

Diesmal liegt die Verantwortung nicht bei der Stadt. Der Kranbau Eberswalde ist ein privates Unternehmen. Die Verantwortlichen, die letztlich über den Namen des Unternehmens zu befinden haben, sitzen weit weg in Leipzig. Von den vier Vorstandsmitgliedern Ludwig Koehne, Rainer Tietz, Dr. Frank Wieland und Heinz Lindecke, hat nur letzterer sein Büro in Eberswalde. Der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Klaus von Dohnanyi kommt aus Hamburg. Dohnanyi war in den 70er Jahren Bundesminister unter Bundeskanzler Willy Brandt und von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister von Hamburg.

Es kann unterstellt werden, daß diese Herren von der Historie der Eberswalder Ardelt-Werke nur wenig wissen.

Die Eberswalder Öffentlichkeit erfuhr eher zufällig von der Absicht, den Kranbau Eberswalde zum 1. Juli 2008 in »Ardelt – Betrieb Eberswalde« umzubenennen. Dies vermeldete am 15. Mai die regionale Tageszeitung in einem Nebensatz eines Berichts über die erfolgreiche Entwicklung des Kranbaus Eberswalde. Der Name Ardelt stehe für »deutsche Ingenieurkunst, die in unserem Fall in der Welt seit 110 Jahren geachtet wird« zitierte das Blatt den Vorstand Heinz Lindecke, der damit eine erstaunliche Naivität an den Tag legt. In der Zeit zwischen 1933 und 1945

»mußten« doch »alle Firmen in Deutschland ... für die Rüstungsindustrie arbeiten«, meint Lindecke.

Bei seiner »offensiven Auseinandersetzung mit dieser Zeit« entging ihm allerdings, daß die Ardelt schon vor

1933 über intensive Verbindungen zu den Nationalsozialisten hatten. Zumindest bei Rudolf Ardelt jun. kann als sicher gelten, daß er auch offiziell das NSDAP-Abzeichen am Revers trug. Sonst wären er, und mit ihm zwei leitende Angestellte der Ardelt-Werke, 1934 kaum in den 19-köpfigen Eberswalder Gemeinderat berufen worden. Für diesen Rat wurden nur »die überzeugendsten und treuesten Nationalsozialisten ... ausgewählt« (Karlheinz Scholze in »Die Ardelt«..., Teil 2, Eberswalder Jahrbuch 1999/2000). Umfangreiche und gewinnbringende Staatsaufträge zur »Wehrhaftmachung« Deutschlands waren der Lohn.

Doch bei der bloßen Rüstungsproduktion, die den Ardelt schon während des ersten Weltkrieges »das große Geld« (Scholze) gebracht hatte, blieb es nicht. Mit steigender Profitrate steigerte sich auch die Gewissenlosigkeit und Brutalität der Ardelt'schen Geschäftsführung. Kriegsgefangene, aus ganz Europa rekrutierte Zwangsarbeiter und schließlich KZ-Häftlinge sorgten für die rüstungsmäßige Umsetzung der »deutschen Ingenieurkunst«, auf die der Kranbau-Vorstand so stolz ist. In der »Barnimer Bürgerpost« wurde darüber in den vergangenen Jahren ausführlich berichtet.

Kaum vorstellbar, wie die überlebenden KZ-Häftlinge, die vor einigen Jahren auf Einladung des Barnimer Bürgerpost e.V. und später des Geschichtswissenschaftlichen Instituts Eberswalde ihre früheren Leidensstätten besuchten, auf die Wiedereinführung der alten Namen reagieren würden.

Unverständlich ist die geplante Umbenennung auch vor dem Hintergrund, daß der Vater des Aufsichtsratsvorsitzenden, Hans von Dohnanyi, ein bekannter Widerstandskämpfer war, der noch im April 1945 von den Nazis ermordet wurde.

GERD MARKMANN



Wie Karlchen Müller

In diesem Jahr sollen in Brandenburg Kommunalwahlen sein. Ende September, bei Kaiserwetter und frisch gebräunt sollen wir die alte Garde, belebte Revolutionäre mit umfassender Erfahrung im Amt bestätigen. Ohne großes Getöse, wenn es ginge. Sie haben zwar immer noch keinen Plan, aber sie wissen ganz sicher und ganz genau wo es lang geht. Nur keine Experimente aber viel reden über die Rolle der Bedeutung als Grundlage des Fundaments.

Aber irgendwie grummelt es im Lande Brandenburg und so hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl den Wahlkampf im Landkreis Barnim jetzt schon, viel zu früh eröffnet. Lange vor den Konkurrenten werden die größten Fregatten sozusagen als letztes Aufgebot herausgeputzt. Man fragt sich nun, ob aus Größenwahn oder nur aus Angst, wie im Doppelpopf Karlchen Müller den letzten Stich machen soll.

Erstmalig nach 18 jähriger Amtszeit stellt sich der Landrat, Herr Bodo Ihrke zur Wahl. Das ist sonst nicht seine Art. Lieber hält er sich in Deckung und sitzt die Probleme aus, wie man ohne Mühe an den vielen ungelösten Aufgaben in seiner Amtszeit erkennen kann. Man braucht nur an das Abwasserproblem, die beiden geschäftigen Bürgermeister in der Kreisstadt oder die zermürbende Auflösung des Amtes Oderberg zu denken. Die Liste der Komplikationen und Untätigkeiten ließe sich auch mit persönlichen Handlungen um einiges verlängern. Sie lieber Leser können sicher sein, daß seine vielen Gegner sich auf den Wahlkampf freuen und weidlich nutzen werden. Da kommt sicher so manches zum Vorschein, was besser im Dunklen geblieben wäre. Er wird seinen Entschluß noch bereuen.

Nun kandidiert der Landrat für den Kreistag. Aber kann, darf und will sein Mandat nicht annehmen. Man könnte das als Wahlbetrug deuten, wenn er es nicht vorher bekannt gegeben hätte. In Brandenburg ist das neuerdings so üblich. Für andere Kreistage kandidieren sogar Minister, Landräte und Bürgermeister, um für ihre Parteien ein paar Prozente zu holen, wie sie glauben. Warum segeln diese Leute im unsicheren Fahrwasser und setzen alles leichtfertig aufs Spiel? Herr Landrat Ihrke jedenfalls möchte seine Amtszeit im Jahre 2010 um weitere acht Jahre verlängern und mit der Kommunalwahl die Stimmung testen. Aus erster Hand wird er erfahren, daß die Stimmung mies ist und er zu den Verursachern gehört. Nachdrücklich und aus vielen Mündern und Federn wird er daran erinnert werden, daß er und seine Partei das gelobte Land versprochen haben und ihre Versprechungen im Märkischen Sande verlaufen sind. Liebe Leute geht hin, hört und schaut ihn an, bevor er den Abgang macht, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Erklärung der Stadtfraktion DIE LINKE:

Kranbau-Chefs zur Vernunft aufgerufen

Alter Name »Ardelt« schadet dem Image des Betriebs, der Stadt und der Region

Aktuellen Presseberichten über den Kranbau Eberswalde war zu entnehmen, daß das Unternehmen nach dem Willen der Geschäftsführung wieder den alten Namen »Ardelt« tragen soll. Wolfgang Sachse, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, erklärt dazu:

Die Entscheidung, das Unternehmen künftig wieder nach den alten, 1945 als Kriegsverbrecher enteigneten Besitzern zu benennen, schadet dem Ansehen des Unternehmens, der Stadt Eberswalde und der Region. Der Name Ardelt steht längst nicht mehr für »deutsche Ingenieurkunst«, wie Geschäftsführer Heinz Linddecke meint. Dieses einstige Gütesiegel wurde längst verspielt. Der Name Ardelt steht für Kriegsgewinnler, die sich auf Kosten von Millionen Toten bereicherten. Er steht für die gna-

denlose Ausbeutung durch Zwangsarbeit von Tausenden »Fremdarbeitern«, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Er steht für überzeugte und treue Nationalsozialisten, zu denen die Ardelt-Brüder zählten.

Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde fordert daher die Gesellschafter und die Geschäftsführung der Kranbau Eberswalde GmbH dazu auf, Vernunft zu zeigen und von diesem Umbenennungs-Ansinnen Abstand zu nehmen.

Keine Kontinuität

Eberswalde (bbp). Die Rückbesinnung auf den Namen der Ardelt-Werke für den Kranbau Eberswalde hat keine formale und juristische Grundlage. Die Ardelt-Werke als Waffenschmiede der Nazis wurden auf Weisung der Alliierten 1945 aufgelöst. Am 2. August 1945 begann die völlige Demontage des Werkes. Alle Maschinen, Anlagen und Einrichtungen bis hin zu den Dächern der Werkhallen wurden ausgebaut und als Reparationsleistung in die Sowjetunion transportiert. Der VEB Kranbau Eberswalde ist eine vollständige Neugründung, realisiert am 20. März 1948, fast drei Jahre nach der Demontage der alten Ardelt-Werke.

Artikel zur Zwangsarbeit in der BBP:

Die »Barnimer Bürgerpost« informiert schon seit Jahren über die Geschichte der Zwangsarbeit in Eberswalde. Hier eine unvollständige Auswahl: »Die Frau wurde vor unseren Augen gehängt« (BBP 3/1999), »Schreckensstätten zur Mahnung erhalten« (BBP 4/1999), »Wider das Vergessen - KZ in Eberswalde« (BBP 6/2002), »Feiertags gab's Fleisch mit Maden« (BBP 2/2005), »Arbeitssklaven auf gestellten Fotos« (BBP 3/2005), »Ardelt-Werke - Waffenschmiede des Führers« (BBP 2 u. 3/2006), »FKM und das KZ-Außenlager Finow« (BBP 5/2006), »Rüstungsindustrie und ihre Lager in Eberswalde« (BBP 3/2007), »Zwangsarbeiterlager in Eberswalde« (BBP 5/2007).

Neuer Vorstand bei den Barnimer Jusos

Die Jusos Barnim haben am 25. April im Radstop zum Treidler turnusgemäß ihren Vorstand gewählt. Martin Ehlers ist erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Das Ergebnis für den Finowfurter war einstimmig. Neue Stellvertreter sind Florian Görner aus Klobbicke und Sven Kosanke aus Eberswalde. Als Beisitzer sind Kay Mühlhaupt aus Lunow und Benjamin Duderstedt aus Basdorf gewählt worden. Für sie wurden einstimmig gewählt.

Die Jusos werden sich in den nächsten zwei Jahren intensiv mit der Mitgliederbetreuung

und Werbung beschäftigen. Ein weiteres Thema ist die angespannte Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt, die Kommunalwahlen in diesem Jahr, die Barnimer Jugendclubs, Schulpolitik im Land und Kreis, der Flugplatz Finow sowie weitere Infrastrukturthemen.

Interessierte junge Menschen können gerne auch im Internet Kontakt mit uns aufnehmen. Unter www.jusos-barnim.de und der eMail-Adresse jusos-barnim@t-online.de sind wir zu jeder Zeit erreichbar.

MARTIN EHLERS, Jusos Barnim

Herbert Keil

14. Oktober 1911 – 16. Mai 2008

Unser Freund und Mitstreiter Herbert Keil ist nach einem langen und erfüllten Leben am 16. Mai 2008 im siebenundneunzigsten Lebensjahr von uns gegangen.

Bis zuletzt hat er dafür gesorgt, daß die »Barnimer Bürgerpost« in Lunow ihre Leserinnen und Leser erreichte. Von Zeit zu Zeit beteiligte er sich auch selber als Autor an der inhaltlichen Gestaltung unserer Leserzeitung.

Wir werden ihn vermissen. Seine Freundlichkeit, seine Lebenserfahrung, sein Kampfgeist und seine Zuversicht gaben und geben uns Mut.

Wir werden sein Andenken bewahren.

Dr. Manfred Pfaff, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
Gerd Markmann, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Tibet und Burma:

Deutscher Journalismus im Schützengraben

Von Burma (engl. Birma, offiziell Myanmar) weiß der Durchschnittsdeutsche wohl nur, daß es hinter Indien liegt. Als Burma sich nach 1960 stärker an China anlehnte, war es für den Westen ein Feind und für die DDR kein Freund (weil man sich gerade mit den Chinesen zu streiten begann). Über Feinde berichtet man nichts, es sei denn Schlechtes. Dieser – unedle – Grundsatz galt in Ost und West und gilt heute noch. Die beiden letzten Monate haben es wieder bewiesen.

Von China weiß der Bundesbürger etwas mehr. Viel traut ihm die offizielle Propaganda auch da nicht zu. Als im April die Chinesen die Unruhen in Tibet niederschlugen, vergaßen deutsche Journalisten einen Moment »die Wirtschaft« und rüsteten auf. Rechtskonservative versuchten lautstark, einen Boykott der Olympischen Spiele zu organisieren, übernahmen sich aber, weil weder Wirtschaft noch Sportlobby mitspielten. Wenigstens wurde der lächelnde Dalai Lama als (keineswegs legitimer) Repräsentant Tibets freundlich empfangen. Den Deutschen teilten die Medien natürlich nicht mit, daß Tibet auf allen Karten seit dem 19. Jahrhundert immer als Teil Chinas galt und die Volksrepublik mit ihrer Aufnahme in die UNO (1971) in diesem Besitzstand anerkannt wurde. Der »Fischer Weltatlas« (FWA) schrieb, China habe Tibet 1950 »besetzt« und 1951 »annektiert«, als ob es je unabhängig gewesen wäre (FWA 2004, S. 205). Der höchste Lama (eines Zweigs tibetischer Buddhisten), der sich doch stets als geistliches wie weltliches Oberhaupt sah, unterhält mit fremdem Geld eine Exilregierung. So sprechen die Autoren des »Atlas der Globalisierung« bei Tibet von Separatismus (Paris/Berlin 2003, Karte S. 85). Im April beteuerte der lächelnde Priester plötzlich (ob aus nüchterner Einsicht oder zur Tarnung), er wolle keineswegs die Abspaltung, sondern nur Autonomie.

Im Mai das zweite Wunder. Die Olympiakampagne versandete. Als der Wirbelsturm »Nargis« Burmas Küste verwüstete, wurde es um die Chinesen still. Nach dem Erdbeben in Zentralchina, wo man im Gegensatz zu Burma westliche Helfer und Journalisten einreisen ließ, waren sie sogar plötzlich »die Guten«. Nun tobte ein Medienzyklon über Burma, einem leichteren Opfer. Hier bangte kein westlicher Konzern um Handelsprofite. Für psychologische Kriegführung sind sachliche Berichte hinderlich. Hintergründe des Konfliktes werden sorgsam verschleiert. Nicht die Presse, aber der Weltatlas informiert, Burma sei laut Verfassung eine »Sozialistische Republik«, ja eine »Republik mit staatssozialistischer Tendenz« (FWA '94 u. '93). General Ne Win, enger Mitstreiter des 1947 ermordeten ersten burmesischen Ministerpräsidenten und Vaters von Aung San Su Kyi (der traurigen Heldin westli-

cher Journale) hatte 1962 in einer tiefen Staatskrise die Macht übernommen. Die Militärs deklarierten den »Burmesischen Weg zum Sozialismus« und formierten eine »Sozialistische Programmpartei« (seit dem Zweiten Weltkrieg hatten Sozialisten und Kommunisten in Burma starken Einfluß). Der schon vorher bestehende staatliche Wirtschaftssektor wurde mit sowjetischer und dann chinesischer Hilfe weiterentwickelt – wie in Syrien und Irak (H. Piazza, Artikel »Burma«, Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte, Leipzig 1964). Wikipedia kennt Burmas Geschichte erst ab 1988, weiß aber, daß China auf den strategisch günstigen Cocosinseln eine Marinestation unterhält. Mit solchen Fakten kann sich Burma beim neoliberalen Westen nicht empfehlen. Kein Wort davon.

Als 1965 in Indonesien General Suharto putschte (begleitet von blutigen Massakern an politischen Gegnern und der chinesischen Minderheit), machte der Westen mit dessen Diktatur beste Geschäfte; Suharto wurde langjähriger strategischer Partner. Das burmesische Regime wurde vom Westen bekämpft: Waffenembargo, Handelsanktionen, Visabeschränkungen, Propagandasendungen von BBC, Voice of America, Radio Free Asia. 2003 weitere Sanktionen der EU, komplettes Importverbot der USA. Ist es ein Wunder, daß Burma westliche Staatsbürger nicht einreisen läßt?

Was erklärt die unterschiedliche Behandlung Burmas und Indonesiens? Nicht die Menschenrechtsfrage, nicht die Diktaturfrage, sondern die völlig entgegengesetzten gesellschaftspolitischen Zielstellungen beider Regimes. Die Regisseure der laufenden Medienkampagne unterschlagen das vorsätzlich.

Gefährlich daran ist der Versuch, alle Hindernisse für willkürliche Militärinterventionen wegzuräumen, Souveränitätsrechte der Nationalstaaten unterzupflügen. Zuerst hat Sarkozy militärische Erzwungung von Hilfeleistungen gefordert. Prompt schickten die USA, Großbri-

tannien und Frankreich den Burmesen Kriegsschiffe »zu Hilfe«. In Deutschland hat der Hörfunkkorrespondent von ARD-Studio Singapur, Musch-Borowska, die »Berichterstattung« der Funkmedien monopolisiert. Er bedient alle Sendeanstalten der ARD-Kette. Drei Tage nach dem Sturm überlegte er, ob das Regime stürzen werde. Seine Erkenntnisse: a) einigt sich die UNO nicht auf Maßnahmen [gegen Burma, R.R.], habe sie keine Existenzberechtigung mehr(!); b) dieses Regime soll nicht mehr als rechtmäßige Regierung betrachtet werden; c) die »internationale Staatengemeinschaft« solle »auch gegen den Willen der Regierung Burmas« helfen; d) da China Burma unterstütze, habe »es nicht verdient, Austragungsort für die Olympischen Spiele zu sein« (tagesschau.de 9.5.). Seriöse Hintergrundberichte liefert der Herr nicht. Seine Hauptquelle sind die von den USA ausgehaltenen Exilgrüppchen. Andere eifern ihm nach: Günter Marx (MOZ Frankfurt/O., 9.5.) sieht Burma als »Schurkenstaat«. Lateralschäden dieses Medienkrieges: der Chef von medico international verurteilt einerseits politischen Mißbrauch von Hilfsaktionen, andererseits kann er sich »Notlagen ... vorstellen, die ein militärisches Eingreifen von außen rechtfertigen« (ND 20.5.). Und Ex-Bundesrichter Neskovic, rechtspolitischer (!) Sprecher der Linksfraktion, hält für Hilfslieferungen »Waffeneinsatz ausnahmsweise für gerechtfertigt.« »Man muß das trennen« (von sonstigen Interventionen, R.R.). Hauptsache, die Interventen trennen das ebenso... (ND 15. 5.).

Die Beispiele zeigen die Gefährlichkeit der von PR-Fachleuten aufgezogenen Kampagne. Fazit: a) friedensfördernde Verständigung ist nur möglich, wenn man sich über vermeintliche Gegenspieler sachlich informiert, und b) Waffeneinsätze können keine humanitäre Hilfe sein, sie sind deren ganzes Gegenteil.

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde

Klares Zeichen gegen NPD in Biesenthal

Über 700 Bürgerinnen und Bürger haben das Friedensgebet am Sonntagabend in Biesenthal besucht und die Erklärung für »Orte der Vielfalt« gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit unterzeichnet. Damit haben Bürgerinnen und Bürger Biesenthals ein klares Zeichen gegen das Ansinnen der NPD gesetzt, in Biesenthal ein Schulungszentrum zu errichten. Ein breites Bündnis von Kirchen, Sport- und Kulturvereinen, Verwaltungen, Parteien und Verbänden haben zu dieser Manifestation der Biesenthaler eingeladen, um Wut, Angst aber auch Widerstand zu demonstrieren. Mike Sandow (NPD-Vorsitzender Barnim/Uckermark) und Co., aber auch der Eigentümer der Fläche

Stephan Voigt, sollten begriffen haben: Nein, sie sind hier und nirgendwo gewollt oder geduldet!!! Die Zivilgesellschaft in Biesenthal bewährt sich. (Seite 9)

MARGITTA MÄCHTIG

Anzeige

Mächtig im Internet

Auf der Homepage der Eberswalder Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig (Die Linke) können Sie mit ihr diskutieren und über das Tagebuch einen Einblick in ihr Abgeordnetenleben gewinnen.

www.margitta-maechtig.de

Fragen im Kreistag

Eberswalde (bbp). Die Gremien der Stadt Eberswalde haben im April und Mai den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Job-Center Barnim und der Stadt Eberswalde »über die Zusammenarbeit bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 16 Abs. 3 SGB II«, landläufig als »Ein-Euro-Jobs« bekannt, ausführlich diskutiert. Diese Diskussion war zwar von der Stadtverwaltung so nicht vorgesehen. Nach verwaltungsinterner Vorbereitung sollte schon auf der April-StVV über den Vertrag abgestimmt werden. Aber die StVV-Mehrheit folgte dem Vorschlag der Linken, den Vertragsentwurf zunächst in den Fachausschüssen zu beraten. Am 29. Mai haben die Stadtverordneten darüber entschieden.

Auch im Kreistag kam das Thema erst durch Anfragen seitens der Fraktion Die Linke auf die Tagesordnung. Die linken Kreistagsabgeordneten wollen bspw. wissen, ob der Vertragsentwurf auch in der Trägerversammlung und im Beirat des Job-Center Barnim behandelt wurde und welche Rolle und Befugnisse dem Beirat eingeräumt werden. »Wie ist bisher das Bundesprogramm Kommunalkombi im Landkreis Barnim und in den Kommunen umgesetzt worden?«, ist eine weitere Frage. Dazu soll die Kreisverwaltung genaue Auskunft geben, in welchen Tätigkeitsfeldern und zu welcher tariflichen Entlohnung Maßnahmen beantragt, bewilligt und ggf. auch begonnen wurden und ob Kommunen oder Sonstige als Arbeitgeber fungieren. Die Linken regen zudem an, andere arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie Beschäftigungszuschuß nach § 16a SGB II bzw. Förderprogramme »Soziale Stadt« zu nutzen.

»Wäre es nicht an der Zeit«, die letzte Frage, »daß man sich sehr schnell mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren, insbesondere den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern, verständigt, wie man im Landkreis Barnim und in den Kommunen vor Ort zukünftig mit öffentlich-geförderter Beschäftigung, vor allem mit den neuen Entwicklungen am 'Sozialen Arbeitsmarkt', umgeht?«

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)** ist ein von der Deutsche Post World Net gegründetes privates Wirtschaftsforschungsinstitut in der Rechtsform gemeinnützige GmbH (gGmbH). Es hat seinen Sitz in Bonn. Präsident des Instituts ist Dr. Klaus Zumwinkel, ehemals Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post World Net. Zu den Reformvorschlägen des IZA für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt zählen das *Workfare-Konzept* als Alternative zum Kombilohn-Modell, die Ablehnung der flächendeckenden Einführung von Mindestlöhnen, flexiblere (längere) Arbeitszeiten, die Lockerung des Kündigungsschutzes sowie die Anhebung des Renteneintrittsalters. Darüber hinaus fordert das IZA die stärkere Berücksichtigung ökonomischer Aspekte im Zuwanderungsgesetz. Auch die Idee einer »Arbeitslosen-Auktion« ist von IZA-Direktor Hilmar Schneider bereits präsentiert worden.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Institut_zur_Zukunft_der_Arbeit

Gründungsaufruf

Brandenburger Landesarmutskonferenz

Armut – eine Lebenslage, in der es Einzelnen, Gruppen oder ganzen Bevölkerungsschichten nicht möglich ist, ihren Lebensbedarf (Existenzminimum) aus eigenen Kräften und Ressourcen zu sichern. Auch in führenden Industriestaaten wie der Bundesrepublik Deutschland sind immer größere Bevölkerungsgruppen von Armut betroffen, beziehungsweise einem überdurchschnittlichen Risiko, arm zu werden, ausgesetzt:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit deutlich unterdurchschnittlichem Arbeitseinkommen,
- Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter
- Familien mit mehreren Kindern und nur geringem Arbeitseinkommen
- Langzeitarbeitslose
- ALG II Bedarfsgemeinschaften
- Junge, alleinstehende Arbeitslose
- Allein erziehende Mütter und Väter
- Ältere Frauen und Männer
- Migrantinnen und Migranten u.a.

Laut Aussagen der Europäischen Union leben in Deutschland ca. zehn Millionen Menschen in Armut, darunter mehr als 1,7 Millionen Kinder. Um den unübersehbaren Folgen wirkungsvoll begegnen zu können bedarf es der Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte. Armut ist jedoch kein Naturereignis, sondern in Deutschland u.a. die Folge sozial- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen, die zu einer bisher beispiellosen Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche geführt haben.

Wir wollen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen! Deshalb rufen wir zur Gründung einer Brandenburger Landesarmutskonferenz (BraLAK) auf!

Sie soll ein Forum für Nichtregierungsorganisationen und Initiativen des Landes Brandenburg bilden, die mit ihren sozialen und fachlichen Kompetenzen zur Überwindung von Armut beitragen. Sie soll die Brandenburger Wirtschafts- und Sozialpolitik kritisch und öffentlich begleiten. Sie soll sich mit öffentlichen Stellungnahmen und Positionierungen in die gesellschaftliche Debatte zur Armuts- und Reichtumsentwicklung einmischen. Und sie soll mit der »Nationalen Armutskonferenz für die Bundesrepublik Deutschland« und mit anderen Landesarmutskonferenzen zusammenarbeiten.

Organisationen, die sich dem Aufruf anschließen wollen, können dies mit einer kurzen eMail-Nachricht tun an: info@paritaet-brb.de oder info@alv-brandenburg.de.

Der **PARITÄTISCHE, Landesverband Brbg. e.V. Arbeitslosenverband Brandenburg e.V.**

Um dem Thema Armut noch mehr Gehör zu verschaffen, veranstalten der Arbeitslosenverband Brandenburg e.V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Brandenburg e.V. am 30. Mai in Potsdam einen Fachtag »*Armdran? Lebenslagen und Lebenschancen in Brandenburg*«. Ziele des Fachtages sind u. a. die Darstellung der sozialen Lage der Brandenburger Bevölkerung und der Einstieg in eine breite öffentliche Diskussion zur Diskrepanz zwischen Armut und Reichtum.

Armutslöhne mit »Bürgerarbeit«

Berlin (verdi/bbp). »Mit Hilfe der sogenannten Bürgerarbeit sollen Niedrig-, Armuts- und Hungerlöhne ausgeweitet werden«, sagt Bernhard Jirku von der Gewerkschaft ver.di. Dabei verweist er auf eine entsprechende Studie, die nun publiziert wurde. Das Bundeswirtschaftsministerium (www.bmwi.de) hatte diese Studie beim Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Auftrag gegeben (zum IZA s. nebenstehenden Kasten).

Pate steht das Workfare-Konzept »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!«. Dabei spricht die Studie das Ziel allgemeiner Lohnsenkung klar aus: »Die Verdrängungseffekte werden umso kleiner, je offener und aufnahmefähiger der reguläre Arbeitsmarkt vor allem im Niedriglohnbereich ist.« Ferner: »Vorgeschlagen wird, marktnahe und marktferne 'workfare'-Arbeitsgelegenheiten zu kombinieren und diese an den jeweiligen Zielgruppen auszurichten. Marktnähere Jobs, z.B. im Bereich sozialer und personengebundener Dienste, erleichtern den Übergang in reguläre Beschäftigung, wenn sie mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden sind. Marktferne Jobs, z.B. im kommunalen oder gemeinnützigen Bereich, erzeugen dagegen weniger Verdrängungseffekte.« Zum angestrebten Lohnniveau ist zu lesen: »Deshalb soll die Ent-

lohnung das Niveau der Grundsicherung zzgl. einer (nachzuweisenden) Mehraufwandspauschale nicht überschreiten.«

Wissen muß man, so Jirku, daß in etlichen Unternehmensvereinigungen nicht nur Mindestlöhne abgelehnt werden, sondern auch »die Absenkung der Grundsicherung um 30 % und mehr angestrebt wird. Die nächste sogenannte Faulenzen-Kampagne einschlägiger Medienunternehmen wird sicherlich zu Diensten sein.«

Für den ver.di-Vertreter ist hier eindeutig erkennbar, daß die Erwerbslosen benutzt werden. Das BMWi verspricht Vollbeschäftigung und Arbeitsmarktchancen für zwei Millionen arbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II. Tatsächlich sollen die Erwerbslosen nach dem Workfare-Prinzip mit Hilfe der sogenannten Bürgerarbeit aber einen Beitrag zur Senkung der Einkommen von Millionen von Erwerbstätigen leisten. »Millionen von Menschen, Erwerbstätige wie Erwerbslose, werden hier wortreich für dumm verkauft: letztlich werden sie schlechterdings weiter in die Armut getrieben, damit sich andere die Millionen einstecken bzw. zu Niedrigsteuersätzen in Steuerparadiese transferieren können.«

Ein-Euro-Jobs sind diskriminierend

Seit Jahren gehöre ich zu den in dem Artikel »Chance oder moderne Sklaverei« (BBP 5/2008) erwähnten Langzeitarbeitslosen in der Stadt Eberswalde. Als Bezieher des ALG II (Hart IV), unterbrochen von zwei sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) von unter 1 Jahr – man hätte ja sonst wieder ALG I zahlen müssen –, gehöre ich zu den Betroffenen, die in den »Genuß« einer solchen »Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung« (Ein-Euro-Job) gekommen sind. Aber auch nur, weil ein Vorgänger in diesem Job aufhörte.

Da ich arbeitswillig bin und auch völlig einsehe, daß ich mit Hartz IV Sozialhilfe empfangen, ohne eine Leistung zu erbringen, bin ich auf dieses kurzfristige Angebot eingegangen. Mir kam besonders entgegen, daß ich als gelernter Diplomhistoriker (leider das Diplom zu DDR-Zeiten abgelegt – also heute nichts mehr wert) eine Tätigkeit im Museum in der Adler-Apotheke übernehmen sollte.

Die Arbeit macht mir Spaß und Freude und ich fühle mich wohl dabei. Aber das ändert nichts am Charakter dieser Arbeit. Es war, ist und bleibt Zwangsarbeit und damit tatsächlich eine sehr moderne Form der staatlich legitimierten Sklaverei. Das Niederträchtigste an dieser »Arbeitsgelegenheit«, die der »Testung der Arbeitsbereitschaft – Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt – tatsächlicher Hilfebedarf« dienen soll, ist die Tatsache, daß sie als »Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung« nicht versicherungspflichtig ist, und somit auch nicht auf die Rente angerechnet wird. Damit ist für mich der direkte Weg in die Altersarmut vorgeplant.

Das Vorhaben der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren in Eberswalde 600 solche »Ar-

beitsgelegenheiten« zu schaffen, ist für die Stadt ein sehr lukratives Geschäft, kann sie doch Leute als »Zwangsarbeiter« einstellen, ohne ihr sehr knappes Budget zu belasten.

Meine Tätigkeit im Museum betrachtend, muß ich feststellen, daß es mir zunehmend schwerer fällt, das vorgegebene Maximum von 30 Stunden pro Woche einzuhalten. Aufgrund zahlreicher Sonderausstellungen, Ferienaktionen und Wochenenddiensten – ich beteilige mich hier freiwillig, weil nur zwei Mitarbeiterinnen die gesamte Arbeit ausführen müssen – komme ich auf zahlreiche »Überstunden«, die mir aber von niemandem, erst recht nicht von der Stadtverwaltung »entschädigt« werden. Und ich persönlich bin nicht bereit, für die Stadt auch nur eine einzige Stunde ehrenamtlich tätig zu sein, denn von den Versprechungen, eventuell nach diesem Job eine Tätigkeit zu bekommen, bleibt nichts weiter als ein flüchsiges Lüftchen. Ab 29. August 2008 bin ich wieder in der gleichen Situation, wie vor Aufnahme der »Arbeitsgelegenheit«. Und das, obwohl im Museum Fachkräfte dringend gebraucht werden, die aber durch die Stadtverwaltung nicht bezahlt werden können. Eine Chance, wieder in den 1. Arbeitsmarkt einzusteigen, ist also eindeutig von vornherein ausgeschlossen.

Vorschlag: Schichtet die Mittel um und macht die »Ein-Euro-Jobs« zu versicherungspflichtigen Tätigkeiten. Alles sind staatliche Mittel (ALG II, Wohnungsgeld – ohne das ich obdachlos wäre – und Mehraufwandsentschädigung), macht daraus eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Damit wäre allen geholfen und die Diskriminierung und Erniedrigung wäre überwunden.

UDO MARKMANN

Verdrängungseffekt

Eberswalde (bbp). »Aus beschäftigungs- und tarifpolitischer Sicht muß man eindeutig feststellen«, heißt es in einem Beschluß des Erwerbslosenausschusses beim Ver.di-Unterbezirk Uckermark-Barnim zu den Auswirkungen des sog. Kommunalkombi, »daß diese durch Bund, Land und Landkreise geförderten Arbeitsplätze mit vielen Unwägbarkeiten verbunden sind«. In der aktuellen Bewertung lasse sich für die beiden Landkreise Uckermark und Barnim erkennen, »daß es vordergründig darum geht, die Arbeitsmarktstatistik zu bereinigen bzw. Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft vorzunehmen«.

Dabei stellen sich die Ausschußmitglieder durchaus den den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Realitäten, daß in den strukturschwachen Regionen beider Landkreise auch solche Arbeitsplätze durch die Betroffenen nachgefragt werden. Dennoch sei aus beschäftigungs- und tarifpolitischer Sicht zu hinterfragen, ob diese öffentlich geförderten Maßnahmen nicht eine Gefahr darstellen, »weil Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst verdrängt werden können bzw. die aktuellen Abschlüsse zum Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD) zu Lasten der Beschäftigten kompensiert werden sollen«.

Die Beschlußvorlage der Stadtverwaltung Eberswalde »Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Job-Center Barnim und der Stadt Eberswalde über die Zusammenarbeit bei der Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 16 Abs. 3 SGB II«, welche von der StVV am 24. April zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zurückverwiesen wurde, untermauere diese Vermutung sehr deutlich. Damit zeige sich eine »gefährliche Entwicklung in der Kommunalisierung von Erwerbslosen- und Arbeitsmarktpolitik«.

Haushaltskonsolidierung durch Ein-Euro-Jobs?

Eberswalde (bbp). Auf der StVV-Sitzung am 29. Mai (nach Redaktionsschluß) steht u.a. der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Durchführung von Ein-Euro-Jobs in Trägerschaft der Stadt Eberswalde auf der Tagesordnung. Bereits vorab hat Carsten Zinn schriftlich seine diesbezüglichen Fragen für die Einwohnerfragestunde eingereicht. Nach deutlicher Kritik am Leiter der städtischen Projektgruppe »Beschäftigungsförderung« Thomas Holzhauer, dem Carsten Zinn »substanzloses Agieren« vorwirft, fragt er zunächst nach den Gründen, warum man versucht habe, »diesen Vertrag im ersten Schritt an die Gremien, insbesondere am zuständigen Fachausschuß vorbeizuleiten« und wieso dieser Vertrag nicht in der Trägerversammlung und im Beirat des Job-Centers Barnim behandelt wurde.

Weiter heißt es: »Nach intensivem Studium dieses Vertrages muß ich leider feststellen, daß es folgende strategische Ausrichtungen seitens der Stadtverwaltung Eberswalde gibt: a) eine Bereini-

gung der Eberswalder Arbeitsmarktstatistik insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen; b) eine Konsolidierung der Personal- und Haushaltskosten ... mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln des Job-Centers Barnim; c) die Disziplinierung und Überwachung von Langzeitarbeitslosen in der Zeit von 6 bis 20 Uhr.«

Der Bundesrechnungshof habe in seinem jüngsten Bericht den Einsatz und Mißbrauch von Ein-Euro-Jobs erneut sehr deutlich gerügt. »Welche Konsequenzen ziehen daraus die Stadtverwaltung und die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung?« Weiter fragt Zinn, wie die Aussage »von einem großen Teil der Abgeordneten und der Vorsitzenden des Personalrates« zu werten sei, wonach die Ein-Euro-Jobs bei der Stadt besser aufgehoben wäre als bei den freien Trägern oder bei den gemeinwohlorientierten Unternehmen der Region. In welchen Tätigkeitsfeldern und Zeiträumen ist der Einsatz der MAEs vorgesehen? Wie kann gewährleistet werden, daß die Gemeinnützigkeit, die Zusätz-

lichkeit und die Wettbewerbsneutralität garantiert ist? Wie wird gewährleistet, daß die Stadtverordneten jederzeit ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können? Zudem beklagt der Gewerkschaftsvertreter die fehlende Einbeziehung der gewerkschaftlichen Erwerbslosennitiativen. Provokativ fragt Carsten Zinn, ob vorgesehen sei, »daß in Eberswalde neben den vielen anderen Netzwerken nun auch ein 'Netzwerk Ein-Euro-Jobs' gegründet wird und sich die Stadt diesbezüglich zu einer bundesweiten Modellkommune in der Etablierung von Niedrig- und Armutslohnen entwickelt«.

Schließlich soll die Stadtverwaltung Auskunft geben, ob der Vertrag den Beschäftigten der Stadtverwaltung im Rahmen einer Personalversammlung zur Kenntnis gegeben worden, welche Positionen der Personalrat bezieht und ob der Vertrag insbesondere aus Sicht der Bereitstellung finanzieller Mittel durch das Job-Center mit den haushaltspolitischen Vorgaben für das Jahr 2009 kompatibel ist.

Das »letzte Aufgebot«

Alter Seilschaften in der Eberswalder SPD

Im Zuge der Listenaufstellungen in der Eberswalder SPD zu den Kommunalwahlen könnte man das »Aufgebot der alten Kämpfer« (MOZ, 23.5.2008) durchaus als das »letzte Aufgebot« bezeichnen.

Es ist zu begrüßen, wenn ältere Menschen mit ihrer Lebenserfahrung die Bürger in den Kommunalparlamenten nach bestem Wissen und Gewissen vertreten, zumal sie generell die nötige Zeit dafür mitbringen, um sich in die unterschiedlichen Sachverhalte reinzuknien. Doch was in der Eberswalder SPD abgeht, ist das Erstarken alter Seilschaften, die vehement an Mandaten und Aufwandsentschädigungen kleben und deren bisherige Leistungen in den Kommunalparlamenten durchaus hinterfragt werden müssen. Zudem sind sie aufgrund ihrer Dienstjahre in den politischen Strukturen zwangsläufig politisch verbraucht, teilweise sogar korruptiert.

Jüngere kritische Leute, die mit viel Idealismus und neuen Ideen frischen Wind in die alte Dame SPD bringen und sie bürgernah und zukunftsorientiert reformieren möchten, werden nicht sinnvoll eingebunden, sondern gnadenlos weggebissen. Dabei wäre es dringend notwendig, mit geeignetem Personal die soziale und ökologische Wende in der SPD politisch umzusetzen, um den alten Parteidampfer wieder ins gute Fahrwasser zu bringen. Stattdessen aber setzt man ihn auf Grund. Dann sollte man sich über schlechte Wahlergebnisse nicht wundern.

Zurecht wurde die Nominierung des Barnimer Landrates Bodo Ihrke auf den ersten Platz der Kreisliste des Wahlkreises I (Finow und Spechthausen) von verschiedenen Seiten als Wählertäuschung gewertet, zumal er in seiner Funktion als Landrat ein Mandat für den Kreistag nicht annehmen darf. Ich finde es unredlich, wenn Landräte im Land Brandenburg die Kommunalwahlen als Testlauf mißbrauchen, um herauszufinden, ob sie 2010 überhaupt noch die Popularität und den Rückhalt im Volk haben, direkt gewählt zu werden. Hoffentlich durchschauen die Wählerinnen und Wähler dieses taktische Spiel und lassen sich nicht blenden.

Dr. ANDREAS STEINER

Baumschutz-AG

Eberswalde (bbp). In Reaktion auf die seit dem Kampf um den Erhalt der Allee Ründnitz-Daneberg anhaltenden Proteste gegen allgegenwärtigen Baumfrevl im Landkreis Barnim ist jetzt beim Umweltausschuß des Kreistages Barnim eine AG Baumschutz gegründet worden.

Beratung

für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

»Macher« und »Verhinderer« (2)

Investor wurde vom Land gründlich über den Tisch gezogen

In unserer Januarausgabe wiesen wir unter der Überschrift »Macher und Verhinderer« auf die Probleme hin, in die Bürgermeister Friedhelm Boginski aktuell mit dem Erbe der Beton-Schulz-Ära geraten war. Beim Flugplatzausbau gab es inzwischen das erwartete Ergebnis. Den Ausbau zum Regionalflughafen wird es nicht geben. Zugleich konnte der Bürgermeister durch die formale Befürwortung des Ausbaus seine bereits in Gang gesetzte Stigmatisierung als »Wirtschaftsverhinderer« abwenden. Vorerst.

Die alte Lobby, die sich im Unternehmerverband und in diversen Eliteclubs organisiert, hat offensichtlich die Erpreßbarkeit des FDP-Bürgermeisters bemerkt. Der Makel eines »Verhinderers« paßt nicht zum Image eines Freidemokraten. So kann der am 17. Mai in die lokale Tageszeitung lancierte Artikel mit der Überschrift »Stadt Eberswalde bremst Investor aus« nur als offene Provokation gedeutet werden, um Privatinteressen gegenüber den Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen.

Mit der Entscheidung, daß Polizei, Arbeits- und Finanzamt von der Eberswalder Straße wegziehen, war das Urteil über diesen Standort gesprochen. Bald gab auch Neckermann im ehemaligen »Haus der Kultur« auf. »Aldi« wird nur solange bleiben, wie genügend Kundschaft den Weg dorthin findet. Sollte irgendwann ein



Neubau fällig werden, darf man gewiß sein, daß dieser woanders stehen wird.

In einer schrumpfenden Stadt ist die kontrollierte Aufgabe bisheriger Wohn- und Gewerbestandorte durchaus vernünftig. Das Abwenden von der bisherigen Strategie, bei der »investorenfreundlich« jeder Wildwuchs erlaubt wurde, kann nur begrüßt werden. Die Idee eines Neubaus von Wohnungen an der vielbefahrenen Hauptstraße kann man angesichts der im benachbarten Reimannviertel umgehenden Abrißbirne nur als absurd bezeichnen.

Der Investor WK Grundstücksverwaltung Nr. 50 GmbH, eine Tochtergesellschaft der Marseille-Kliniken AG, ist vom Verkäufer des Grundstücks, dem brandenburgischen Finanzministerium offensichtlich gründlich über den Tisch gezogen worden. Das Land wollte das Grundstück verständlicherweise los werden und zugleich die Abrißkosten sparen. Der zunehmende Bedarf an Kleinwohnungen infolge der Hartz IV-Gesetzgebung ist bundesweit sicherlich ein ernstzunehmendes Problem. Ob dies auch in Eberswalde so ist, haben offenbar weder Verkäufer noch Käufer geprüft. Der beabsichtigte Wohnungsneubau würde das ohnehin bestehende Leerstandsproblem in Eberswalde weiter verschärfen. Ein Problem, das dann neue Forderungen nach öffentlich subventionierten Abriß erzeugt.

Die Eberswalder Stadtverwaltung hat sich in diesem Fall bisher sehr verantwortungsbewußt verhalten. Es bleibt zu hoffen, daß sie dem Druck der Beton-Lobby auch weiterhin standhält und sich nicht auf faule Kompromisse einläßt. Vielmehr sollte sie in die Offensive gehen und gemeinsam mit den großen Wohnungsunternehmen in der Stadt und den Marseille-Kliniken prüfen, ob das geplante Projekt im vorhandenen Wohnungsbestand, vorzugsweise im Abrißbereich des Brandenburgischen Viertels, realisierbar ist.

GERD MARKMANN

Investorenbremse – wem nützt es?

Zwei entgegen gesetzte Presseaussagen überraschten unsere Fraktion. Die gute: Dem »Schandfleck« an der Eberswalder Straße, bestehend aus den Gebäuden des ehemaligen Wohnheims, Finanzamtes und Arbeitsamtes, will ein Investor zu Leibe rücken. Er will 20 Millionen Euro aufbringen und 319 Kleinwohnungen für Senioren, Alleinstehende und Hartz IV-Empfänger schaffen. Die schlechte: Die Stadt Eberswalde will nicht so recht zustimmen. Als Hauptargument gegen die Wohnungen an dieser Stelle, so konnte man lesen, wird der Flächennutzungsplan ins Feld geführt, der erlaube die Wohnungen nicht.

Das verwundert unsere Fraktion. Wir kennen den Flächennutzungsplan für dieses Areal. Er weist ein Mischgebiet aus, in welchem bis 50

Prozent Wohnungsbauten erlaubt sind. Das nun auf einmal dieses Mischgebiet eine andere Begrenzung haben soll, damit dort keine Kleinwohnungen entstehen, ist nicht überzeugend. Will Eberswalde preiswerte Kleinwohnungen verhindern, damit nur teure Wohnungen bezogen werden?

Unsere Fraktion hat schon verschiedentlich die Mietpreispolitik in Eberswalde kritisiert, die nach unserer Meinung darin besteht, den Wohnungsmarkt knapp zu halten, damit die Mietpreise hoch bleiben. Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt. Wir fordern eine mietergerechtere Politik und halten diese Problematik für ein wichtiges Wahlkampfthema.

Dr. G. SPANGENBERG, Vorsitzender der Fraktion AfW in der SiVV Eberswalde

Blackwater und die Privatisierung militärischer Dienstleistungen

Schweyk in schwärzeren Gewässern

von Helmut Lindner

Der gute Schweyk, lange im Prager Grundbuchamt verschollen, tauchte plötzlich wieder auf, um in schwärzeren Gewässern zu fischen. Schweyk brauchte eine Weile, um auf sein eigentliches Thema, dem Outsourcing militärischer Dienstleistungen zu kommen. Hier nun Teil 2 der Gesprächsmitschrift:

... Alle Tätigkeiten, die nicht mit dem unmittelbaren Kampfauftrag zu tun hatten, hat der US-amerikanische Kriegsminister Rumsfeld privatisiert. Im Deutschen fehlt die Vokabel, da kennt man nur das Nomen: Outsourcing.

Und da kommt Blackwater ins Spiel.

Sehr schön gesagt, Herr Schweyk, ich bewundere Sie. Es geht um Privatisierung von Staatsaufgaben, ein neoliberales Konzept und seine politische Fragwürdigkeit. Da möchte ich schon etwas mehr von Ihnen wissen.

Warten Sie's ab, ich erkläre ja gleich. Wenn ich nicht selbst koche, brauche ich einen Koch, also Catering; wenn ich nicht selbst wasche, brauche ich eine Wäscherei; wenn ich nicht selbst Wache schieben will vor einem Verpflegungsdepot oder vor einer Latrine in einer unsicheren Gegend, dann brauche ich einen Wachdienst. Und wer keine Feldpost anbieten kann, muß auf einen privaten Briefzusteller zurückgreifen. Verstehen Sie? Früher haben Sie AFN gehört, den Radiosender der amerikanischen Armee, heute sehen Sie FOX-NEWS, einen Privatsender, und haben trotzdem die richtige Orientierung. Das alles organisieren für Rumsfeld und seinen Nachfolger Blackwater und die anderen Contractors oder privaten Anbieter, denn es ist völlig klar, daß nicht eine Firma allein alle Wünsche des Militärs erfüllen kann.

Ich bin sprachlos, das ist unglaublich

Das können Sie nicht begreifen Gnädigste, weil Sie sich nie mit dem Militär und seiner Philosophie befaßt haben; das hat Ihnen der Rumsfeld voraus, das müssen Sie zugeben.

Aber es gibt noch einen anderen Aspekt, der in der öffentlichen Debatte völlig untergegangen ist, der immer falsch dargestellt wird.

Wenn in der k.u.k. Armee ein Essenholer von feindlichen Infanteristen erschossen wurde, war das für die Truppe zwar schmerzlich, denn die armen Frontschweine mußten Kohldampf schieben, aber es war vollkommen in Ordnung. Der Mann war Soldat im Einsatz und deshalb nach den Regeln der Haager Landkriegsordnung ein legitimes Ziel von Kriegshandlungen.

Bei unserem Mitarbeiter der Cateringfirma sieht das schon ganz anders aus. Das ist ein Nichtkombattant, der trägt keine Uniform, der ist nicht Kriegspartei, selbst wenn er aus den USA kommt, meist kommt er aber aus einer ganz anderen Gegend, von den Fidschiinseln vielleicht oder aus Lateinamerika, je nachdem, wo die Arbeitskräfte gerade billig sind. Blackwater ist ein Wirtschaftsunternehmen und muß scharf kalkulieren. Also unser Cateringmitarbeiter, der die Truppen mit allerlei Speisen und Getränken versorgt, steht unter dem Schutz des

Staates, nicht der amerikanischen Armee. Da der Schutz des irakischen Staates gegenwärtig schwach ist, ist es für ihn ratsam, nicht unbewaffnet und ohne kugelsichere Weste seinen Geschäften nachzugehen. Deshalb sehen die Mitarbeiter der Vertragsfirmen, die sie auf YouTube oder auf den Pressefotos sehen, auch immer so martialisch aus. In Wirklichkeit sind das ganz harmlose Leute, die beim Pizzaservice oder in der Wäscherei nebenan gearbeitet, aber gerade einen lukrativeren Arbeitsplatz gefunden haben. Da sie keine US-Soldaten sind, tauchen sie auch nicht, wenn sie mal bei ihrer Serviceleistung erschossen werden, in den Verlustlisten des US-Militärs auf. Sie sind ja auch keine Opfer des US-Militärs. Sie sind Opfer von kriminellen Übergriffen, also Gegenstand der in allen Ländern wenig aussagekräftigen Kriminalstatistik, denn es sind Zivilisten, daran ersichtlich, daß sie das Firmenlogo von Blackwater, die Grizzlytazze, auf dem Overall tragen. Deshalb hatte auch der Minister Rumsfeld nach dem 31. März 2004, als er noch im Amt war, keinen Anlaß nach dem Lynchen der vier Mitarbeiter von Blackwater in Falludscha, dem Mogadischu-Moment im Irakfeldzug, nach diesen schrecklichen Bildern, die Verlustzahlen der Armee zu korrigieren. Die US-Armee hat den Leuten in Falludscha allerdings dann schon sehr nachdrücklich klar gemacht, daß auch die Contractors kein Freiwillig sind.

Das kostete Hunderte von irakischen Zivilisten das Leben und trieb Zehntausende zur Flucht. Das war eine brutale Kriegshandlung.

Das war aber keine Initiative von Blackwater, das wird heute allzu leicht übersehen. Mit Kriegsverbrechen hat Blackwater nichts zu tun. Das wäre auch dem Gründer dieser Firma, Eric Prince, einem ehrlichen christlich-konservativen Rechtsausleger zutiefst zuwider. Daß es immer wieder, oder besser gesagt verschiedentlich, Fehlleistungen und Kurzschlußreaktionen von Beschäftigten im Sicherheitservice gibt, liegt bei der großen Zahl von Beschäftigten, man spricht von bis zu 40 000 Mann, in der Natur der Sache. Nobody is perfect. Aber das spricht nicht grundsätzlich gegen die Beschäftigung dieser Firma. Man muß vor allem die ökonomischen Vorteile, also die Einspareffekte sehen, die allen Steuerzahlern zugute kommen.

Früher, als es noch die Feldküchen gab, da wurde für die ganze Kompanie gekocht, das waren vielleicht 160 Mann. Im Etappendienst war das o.k., aber im Fronteininsatz war das unverantwortlich, eine Verschwendung von Lebensmitteln und Steuergeldern, denn von den 160 Mann, die abends ausmarschiert sind, um

am anderen Morgen im Sturmangriff die feindliche Stellung zu nehmen, sind vielleicht nur 120 Mann zurückgekehrt, also drei Viertel, die waren zwar hungrig, konnten aber doch nicht die Rationen der Gefallenen wegputzen, so pietätlos konnte man doch gegenüber seinen gefallenen Kameraden nicht sein.

Heute ist das einfacher. Beim Rückmarsch ordert der Leutnant mit seinem Handy beim Cateringservice genau die Zahl der Portionen, die die Truppe benötigt, keine zuviel und keine zuwenig. Der Contractor rechnet mit dem Pentagon ab und der Leutnant hat keinen Schreibkram. Da sehen Sie, wie die Armee verschlankt wurde, es gibt keine Schreibstube mehr, keine Telefonzentrale, der Leutnant greift selbst zum Handy, das muß man sich mal vorstellen! Druckposten, die früher so begehrt waren und den Dienst so attraktiv für die Versager und Faulpelze gemacht haben, gibt es heute nicht mehr. Das ist eine hochmotivierte Armee von Kampfmaschinen, die sich mit den Widrigkeiten des Alltags nicht herumzuschlagen brauchen. Deshalb sind sie auch so erfolgreich, daß zum 5. Jahrestags des Beginns des Irakkriegs fast alle Zeitungen auf Doppelseiten über den Durchbruch im Irak berichten konnten.

Wo ich noch Putzleck beim Oberleutnant Lukasch von die Einundneunziger war, seine Pfeifen gereinigt und für ihn den Rotwein dekantiert habe, da habe ich mir immer gedacht, daß es schön ist, daß ich dabei unter dem Schutz der Haager Landkriegsordnung stehe, daß man mich zwar gefangen nehmen, aber nicht zur Zwangsarbeit heranziehen konnte, daß ich also mein Auskommen haben würd, während der Dienstzeit und auch in Gefangenschaft Pensionsansprüche ansammeln konnte. Da war das dienstlich angeordnete Pfeifenputzen eine geradezu meditative Tätigkeit.

Natürlich ist bei der verschärften Privatisierungspolitik in der Bush-Ära von sozialer Sicherheit keine Rede. Was du heute nicht verdienst, wirst du morgen nicht als Sozialtransfer erhalten, weshalb die Contractors mit dem Verteidigungsministerium hart verhandeln müssen - leider kommt bei den Beschäftigten nur ein geringer Teil des Verhandlungsergebnisses an. Es gibt ja keine Gewerkschaft, die ihre Interessen durchsetzen könnte und das Geschrei möchte ich nicht hören, wenn Verdi auch die Dienstleister der Sicherheitsunternehmen im Auslandseinsatz organisieren möchte.

Was war das für ein Theater, als die Mitarbeiter des Werksschutzes im Ruhrgebiet von der IG Bergbau oder der IG Metall organisiert werden sollten, das waren doch die Handlanger des Klassenfeinds. Aber es wird schon dahin kommen, daß auch die Gewerkschaften die Mitarbeiter der Contractors organisieren, um bei diesen Dienstleistern auch Tariflohn und Urlaubsansprüche durchzusetzen, das war bisher in jedem Gewerbe so.

Ich nehme an, wir werden noch davon hören, sehr bald schon vielleicht, jedenfalls mit Sicherheit vorm Freitag nachm Krieg um sechs im Kelch.

Kritik am brandenburgischen Mobilitätsticket:

Gewerkschaft ver.di fordert Mobilität für alle

Der Beschluß zur Einführung eines Mobilitätstickets zum 1. September 2008 löst im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, insbesondere bei den Betroffenen, keine Jubelstimmung aus. Dieses Mobilitätsticket hat wenig mit dem von der Volksinitiative geforderten Sozialticket zu tun und wird von den Anspruchsberechtigten in diesen Preiskategorien voraussichtlich keine große Nachfrage erfahren, weil mit einem Preis von 17,50 Euro bis 64,20 Euro das Ticket eindeutig zu teuer ist. Gleichwohl wertet ver.di es als Erfolg, daß die Regierungskoalition sich aufgrund des hohen außerparlamentarischen Drucks durch die Volksinitiative bewegen mußte. Auch wenn der gewünschte Erfolg im ersten Schritt noch nicht erzielt wurde, wird ver.di weiterhin auf die Einführung eines landesweiten Sozialtickets hinwirken. Nur mit einem derartigen

Ticket kann Mobilität für alle sozial Benachteiligten gewährleistet werden.

Die Brandenburger Regierungskoalition muß sich schon fragen lassen, warum sie nicht die Kreativität aufgebracht hat, um nach sinnvollen Lösungen zu suchen. Dies gilt insbesondere für die strukturschwachen Regionen, die über ein ausgedünntes oder bereits nicht mehr vorhandenes Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr verfügen. In diesen Regionen kann das überteuerte Ticket ohnehin nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden.

Es ist ein Hohn, daß argumentiert wird, ein Mobilitätsticket aufgelegt zu haben, welches Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhnern zugute kommt. Fünf Jahre Reformagenda 2010 haben insbesondere im strukturschwachen Land Brandenburg dazu geführt, daß soziale

Verwerfungen und Ausgrenzungen sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Dumpinglöhne immer mehr zunehmen. Deshalb wäre es sinnvoll, im Rahmen der Landtagswahlen 2009 von der zukünftigen Koalition, egal in welcher Farbenlehre, ein Sozialticket oder besser formuliert, ein Verkehrsverbundsticket für sozial Bedürftige auf lokaler, regionaler und Landesebene zu einem Preis von höchstens 50 % der jeweiligen Umweltkarte zu fordern und dies auch als Bestandteil in den Eckpunkten für Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Tages-, Wochen- und Monatskarten sind anzubieten und die Bedürftigen sollten frei und flexibel entscheiden können, welches Segment sie vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Lage in Anspruch nehmen.

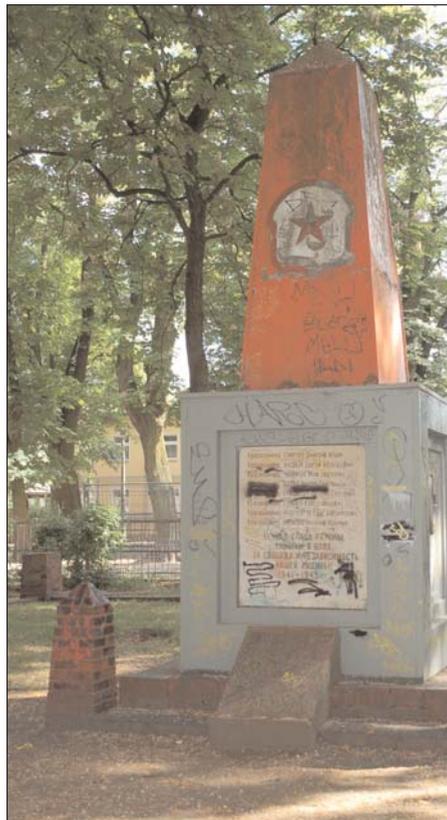
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Zentrum Finow: Park oder Kinderspielplatz?

Das sowjetische Ehrenmal in Finow neben der Grundschule Finow wird abgebaut. Am 6. April führte die Brandenburger Freundschaftsgesellschaft die vermutlich letzte Gedenkveranstaltung durch (BBP 5/2008). Die Stadtverwaltung hat richtigerweise noch den Tag der Befreiung vorübergehen lassen, um nicht Anlaß für falsche Schlüsse zu geben. Aber nun ist der Weg für den Abbau der Gedenkstätte frei. Was ist damit gewonnen? Welche neuen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich? Eine Frage, die eine gute Antwort nach gründlicher Überlegung erfordert, denn es handelt sich bei dem Standort um eine Fläche im Zentrum von Finow – im Zentrum, das als Ortsteilzentrum des Ortsteiles Finow entwickelt werden sollte.

Wir begehen in diesem Jahr den 80. Jahrestag von Finow. Im Jahre 1928 haben sich Heegermühle, Messingwerk, Wolfswinkel und Eisenspalterei zur neuen Gemeinde Finow zusammengeschlossen. Der ursprüngliche Ortskern von Heegermühle lag im Bereich der heutigen Dorfstraße. Aber wo ist das Zentrum von Finow heute? Bei einer Befragung der Finower sahen die meisten das Zentrum Bereich der Spechthausener Straße, Eberswalder Straße, Fritz-Weineck-Straße. Hier liegen die wichtigsten Finower Einkaufsmöglichkeiten, die Kirche, die Grundschule und auch der ehemalige Friedhof mit dem sowjetischen Ehrenmal.

80 Jahre Finow wären genug Anlaß, darüber nachzudenken, wie das heutige Zentrum von Finow zu einem ansprechenden Ortsteilzentrum entwickelt werden kann. Diese Aufgabe stellt sich die Stadt mit ihrem Stadtentwicklungskonzept. Nach Jahren der schwerpunktmäßigen Entwicklung des Eberswalder Stadtzentrums sollen nun auch die Ortsteilen-



tren angemessen entwickelt werden. Allerdings ist diese Aufgabenstellung bisher nur ein Schimmer am Horizont. Diese Aufgabe ist auch nicht kurzfristig zu lösen. Wichtig wäre aber, die Zielstellung der Ortsteilentwicklung immer vor Augen zu haben, wenn einzelne Flächen im Bereich des Ortsteilzentrums entwickelt werden sollen, damit man sich nicht die Zukunft verbaut. Dies gilt insbesondere für die jetzt geplante Umnutzung der Fläche mit

dem sowjetischen Denkmal. Diese Fläche ist dafür prädestiniert als Parkanlage im Zentrum von Finow gestaltet zu werden. Die Stadt aber plant an dieser Stelle einen Kinderspielplatz!

Die Kinder sind unser größter Schatz, und wer wollte etwas gegen einen schönen Kinderspielplatz sagen. Aber läßt sich ein Kinderspielplatz nicht 50 m weiter in der Bahnhofstraße schaffen, vielleicht sogar noch besser, weil man nicht so sehr durch einen Baumbestand eingeschränkt ist? Der schon weitgehend vorhandene Stadtpark kann wiederum nur auf der Fläche neben der Schule entwickelt werden. Die Stadtverwaltung hat aber ihre Pläne des Kinderspielplatzes ungeachtet der Bedenken schon weit vorangetrieben, und sträubt sich jetzt, andere Vorschläge zu prüfen.

Den Anregungen Finower Bürger folgend, habe ich mich als Ortsbürgermeister drei Jahre lang für einen Stadtpark eingesetzt. Ich wurde zwar bei der Diskussion um die Spielplatzkonzeption der Stadt in der StVV »angehört« und meine Darlegungen zu diesem Thema wurden von Bürgermeister Boginski bei der Ortsteilbegehung im November 2007 und von der StVV bei der Haushaltsdebatte zur Kenntnis genommen, aber wirklich auseinandergesetzt hat sich niemand damit.

Die Stadt ist damit im Begriff, eine der Chancen zur Entwicklung des Ortsteilzentrums Finow zu vergeben. Notwendig und richtig wäre es, die Umsetzung des Kinderspielplatzes an dieser Stelle zu stoppen und zuerst eine Konzeption zur Entwicklung des Ortsteilzentrums zu erarbeiten, in dem die verschiedenen Anforderungen und Potentiale im Zusammenhang betrachtet werden.

ALBRECHT TRILLER,
Ortsbürgermeister von Finow

Biesenthal in NPD-Hand?

Biesenthal (bbp). Einst diente das Domizil in der Lanker Straße am Biesenthaler Stadtrand den Aufklärungsfunkern des MfS als Heimatobjekt. Mitte der 90er Jahre erwarb Stephan Voigt das Gelände und betrieb dort im Auftrag des Landkreises ein Asylbewerberheim. Zwar entsprachen die früheren Dienstgebäude nicht unbedingt den baulichen Forderungen für Wohnunterkünfte, aber eine Sondergenehmigung des Landkreises konnte dem abhelfen. Schließlich waren's nur Asylbewerber, die hier unterkommen mußten. Ende 2007 lief die Sondergenehmigung aus.

Der Eigentümer Stephan Voigt, von manchen Biesenthalern als »windiger Hund« charakterisiert, firmiert als Voigt & Voigt in Suhl. Privat soll er in Frankreich wohnen. Mit der absehbaren Vertragskündigung zur Betreuung des Asylbewerberheims, mußte er nach neuen Nutzungen Ausschau halten.

Bereits im Sommer 2007 wurde bekannt, daß die NPD im Falle der Nutzungsaufgabe des Objektes an der Lanker Straße Interesse an diesem Objekt hat, da es strategisch außerordentlich gut gelegen ist. Bereits zum damaligen Zeitpunkt (August 2007) gab es daher Gespräche zwischen Verwaltung und Politik (Kreis, Land, Stadt, dem Toleranten Brandenburg und dem MBT). Es wurde u.a. beraten, ob es sinnig wäre, aus diesem Grund das Nutzungsrecht für das Ausländerheim trotz aller Widrigkeiten zu verlängern bzw. andere Nutzungen ins Auge zu fassen. Bekannt war zu diesem Zeitpunkt auch, daß der Eigentümer der Fläche großes Interesse an einer gewinnbringenderen Vermietung oder dem Verkauf des Objekts hatte. Summen von einer Million Euro standen da in Rede, obwohl der tatsächliche Marktwert des Objekts gegen Null tendieren dürfte. Der Biesenthaler Bürgermeister André Stahl hatte damals den persönlichen Kontakt zu Voigt gesucht und ihm die Positionen der Stadt deutlich gemacht. Danach trat Ruhe ein

und es gab auch keine bekannten Aktivitäten der NPD oder seitens des Eigentümers mehr.

Mitte Mai erhielt nun die Kreisverwaltung Informationen, wonach der Verfassungsschutz erhöhte Aktivitäten der NPD bzw. ihr nahestehender Personen auf dem Gelände des ehemaligen Asylbewerberheims festgestellt habe. Zudem hieß es, daß der Geheimdienst über zuverlässige Informationen verfüge, daß die NPD ein Nutzungsinteresse an dieser Immobilie habe, unter welchen Vertragsverhältnissen (Kauf, Pacht, Miete, Nutzung) auch immer.

Die Kreisverwaltung informierte den Bürgermeister, den Amtsdirektor und die Barnimer Landtagsabgeordneten. Ein erstes Resultat der gemeinsamen Beratungen war das ökumenische Friedensgebet am 25. Mai in der Kirche am Biesenthaler Markt. Aufgerufen hat dazu das Biesenthaler Netzwerk gegen Rechts, zu dem Mitglieder der CDU ebenso zählen wie LINKE, die lokale Agenda ebenso wie Vertreter von Vereinen und natürlich der Kirchen. Darüberhinaus gab es Gespräche in den verschiedenen Vereinen und Verbänden und die Suche nach Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gegenwehr. Die Vernetzung der Aktivitäten ist im vollen Gange. Einbezogen sind vom Jugendklub bis zur Volkssolidarität, von Unternehmen bis zur Schule, alle gesellschaftlichen Akteure der Stadt, die alle ein großes Interesse daran haben, daß die Vorbereitung und Durchführung der 750. Jahrfier der ersten urkundlichen Erwähnung Biesenthals durch solche negativen Schlagzeilen getrübt werden.

Und dennoch ist bei aller erkennbaren und auch erklärten Wut vieler Bürgerinnen und Bürger eine große Angst spürbar, sagt die Biesenthaler Stadtverordnete, Kreistags- und Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt. »Wir werden gemeinsam darum ringen müssen, daß aus dieser Kraft der Wut, gepaart mit einer natürlichen Angst, eine gemeinsame zivilisatorische Macht gegen die NPD erwächst. Da sind wir dran.«

Enkelmann klagt gegen Bundesregierung

Bernau (de). Die Bundstagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) hat gegen ihre anhaltende Beobachtung durch den Verfassungsschutz Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Zudem soll das Bundesamt für Verfassungsschutz alle bisher über sie gesammelten Informationen löschen. Enkelmann gehört zu den Abgeordneten der LINKEN, die teilweise schon jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

»Diese fortwährende Praxis ist nicht länger hinnehmbar. Diese muß bei mir wie allen betroffenen Abgeordneten der LINKEN so schnell wie möglich beendet werden. Als frei gewählte Abgeordnete stehe ich auf dem Boden des Grundgesetzes«, betont Enkelmann. »Nicht die LINKE ist extremistisch, sondern ihre andauernde Beobachtung

durch den Verfassungsschutz. Die LINKE gehört, was soziale und demokratische Grundrechte in diesem Lande angeht, zu den stärksten Verteidigern des Grundgesetzes«, betont Enkelmann weiter. Dies sei offenbar auch ein Grund zur Beobachtung der Partei und ihrer Abgeordneter. Über die Einzelklagen von Abgeordneten hinaus hat die Fraktion DIE LINKE insgesamt Verfassungsklage gegen die Beobachtung ihrer Mitglieder eingereicht.



Prioritätenliste beschlossen

Auf seiner Sitzung am 5. Mai hat der Sprecherrat »Soziale Stadt« seine Prioritäten für Anträge in den Programmjahren 2008 und 2009 beschlossen.

Hintergrund ist, daß die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördergelder jährlich sinken wird und das Programm »Soziale Stadt« in einigen Jahren auch ausläuft. Daher haben die Mitglieder des ehrenamtlichen Gremiums beschlossen, welche Anträge vordringlich zu genehmigen sind.

Die Schwerpunkte liegen bei Projekten, die z.B. die Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit im Viertel fördern, die auf ehrenamtlicher Tätigkeit basieren oder diese fördern, die die Gleichstellung aller Personengruppen fördern und die Kontakte zwischen den Bewohnern im Stadtteil unterstützen.

Auch hat der Sprecherrat auf seiner letzten Sitzung erneut vier Anträge bewilligt. 1.000 Euro gab es für die Durchführung der Ferienspiele im Brandenburgischen Viertel während der Sommerferien, um den Kindern, die nicht verreisen, auch die Ferien sinnvoll zu gestalten. Neben Spielen und Basteln wird es auch an den See und zum Paddeln gehen.

Die AWO Finow bekam 7.440 Euro zum Ausbau einer befestigten Mehrzweckfläche für Außenveranstaltungen in der Schorfheidestraße 34. Diese Anlage mit bereits vorhandener Grillhütte wird auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Die Evangelische Kirchengemeinde Finow erhielt noch 255 Euro für ihre Familienfahrt nach Ückeritz im Juli. Diese Familienfahrt bietet für viele Familien aus dem Brandenburgischen Viertel die einzige Möglichkeit einmal den Stadtteil für mehrere Tage zu verlassen. Die Initiative »Für Senioren« im Brandenburgischen Viertel erhielt 250 Euro zur Vorbereitung einer Informationsveranstaltung zum Thema »Gesunde Ernährung für Senioren« im Juni.

MARTIN HOECK,

Vorsitzender des Sprecherrates

»Keine Stimmungsmache«

Eberswalde (bbp). Am 16. Juli gibt es an der Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel eine »Schulabriß-Feier«. Schülerinnen, Schüler und Bewohner des Viertels hatten gegen die Schulschließung gekämpft und verloren. Vier Tage nach dem letzten Schultag sollen die Abrißbagger anrollen. Dies wollen die Betroffenen nicht kommentarlos hinnehmen. »Trauerarbeit und Abschied gehört auch im Stadtteil zu den wichtigen Lebensstationen«, heißt es in einem Antrag, mit der Ev. Kirchengemeinde Fördermittel aus dem Topf »Soziale Stadt« für die »Schulabriß-Feier« beantragt hat. Die Entscheidung im Sprecherrat wurde allerdings wegen »noch bestehender Unklarheiten« verschoben. Seitens der Stadtverwaltung machte Sachbearbeiter B. Jungnickel klar, daß es keine Förderung gebe, wenn »Stimmung gegen die Stadt« gemacht werde.

www.spd-finow.de vom Netz

Finow (bbp). Die in der Vergangenheit wegen Inhalt, Aktualität und Design oft gelobte Internetseite der SPD-Ortsgruppe Finow ist kurz nach dem Parteiaustritt des Webmasters Dr. Andreas Steiner von den Betreibern vom Netz genommen worden. Dr. Steiner hat auf dieser Seite nach seiner Aussage in den letzten fünf Jahren mehr als 210 Beiträge eingestellt, darunter viele eigene. »Zum Glück habe ich«, so Steiner, »die ganzen Seiten vor Tagen runtergeladen und gesichert«.

6./7. Juni:

3. Panketaler Baumfest

Liebe Freunde und Bewunderer unserer Bäume, auch in diesem Jahr lädt unsere Initiative Sie herzlich ein, mit uns das Panketaler Baumfest zu feiern. Für die bereits 3. Auflage habe wir erneut ein abwechslungsreiches Programm für Sie vorbereitet

Bereits am 6. Juni offenbart Ihnen Astrid Sommerfeldt (Atelier unter den Birken) die Geheimnisse eines wahrhaft königlichen Baumes, der Walnuß. Erfahren sie Mythologisches, Interessantes und Poetisches zum »Baum des Jahres 2008«. Lernen sie die Frucht der »Vier Hime« (so die Bedeutung des afghanischen Namens) mit allen Sinnen genießen. Riechen, schmecken und fühlen sie wie das grüne Symbol des Neubeginns uns aufbaut und heilt. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr im Gemeinschaftshaus des Barnimer Jugendwerkes (Mommsenstraße 11, 16341 Panketal).

Am Samstag, den 7. Juni ist es dann wieder Zeit für die beliebte Baumwanderung mit Gabriele Breest-Grohnwald. Treffpunkt ist um 14 Uhr der Robert-Koch-Park (Eingang Bebelstraße 62 a-c/OT Zepernick). Die Wanderung endet gegen 16 Uhr am Gemeinschaftshaus, wo bereits ab 15 Uhr der Festplatz eröffnet wird. Natürlich gibt es auch in diesem Jahr besonders viele lustige und lehrreiche Angebote für Kinder (Malen, Basteln, Geschicklichkeitsspiele, Kinderschminken, Filzen etc.).

Ab 16 Uhr bieten wir wieder einige interessante Fachvorträge rund um den Baum, seine Pflege und Bedeutung an. Mit dabei ist zum Beispiel Dr. Alexander Schatjajew. Der diplomierte Obstbauer und Forstwirt ist diesmal als »Baumdoktor« aktiv und berät unsere Gäste zur Diagnostik, Behandlung und Vermeidung von Baumkrankheiten und Schädlingsbefall. Bringen sie einfach ein Foto oder Blätter Ihres »Patienten« mit zum Fest.

Parallel hierzu wartet ein kleines Kulturprogramm mit Musik und Jonglage auf Sie. Eine Ausstellung zum Baum des Jahres ist in Vorbereitung. Gegen Hunger und Durst bieten wir Ihnen Kaffee & Kuchen sowie Stockteig vom Lagerfeuer. Ab 17.30 Uhr wird dann gegrillt. (Weitere Infos unter: 030/47006350)

STEFAN STAHLBAUM,
Initiative »Baumfest Panketal«

»Und tschüß, SPD!«

Eberswalde (bbp). Dr. Andreas Steiner, aktiver Sozialdemokrat, Gewerkschafter und Umweltschützer, ist aus seiner Partei ausgetreten. »Da ich weiterhin Sozialdemokrat bleiben möchte«, schreibt er in seiner vollständig im Barnim-Blog (<http://www.bar-blog.de/2008/05/22/dr-andreas-steiner-mein-austritt-aus-der-spd/>) veröffentlichten Austrittserklärung, »war es unabdingbar, diese SPD zu verlassen. Zu viele Grundwerte dieser guten alten Partei wurden mißachtet, sinnverändert und verbogen. Ich kann und will den seit langem eingeschlagenen ideologischen und politischen Richtungswechsel der SPD nicht mehr länger mittragen, zumal sich keine Anzeichen einer wirklichen Wende ergeben.« Dr. Steiner sieht keinen Grund, »solch eine fehlgeleitete Politik mit meinen Mitgliedsbeiträgen und Aktivitäten weiter zu unterstützen«. Zudem seien mittlerweile mehr Sozialdemokraten, die diesen Namen verdienen, außerhalb der SPD zu finden. Von daher befinde er sich in guter Gesellschaft.

Fünf Jahre war er aktives Mitglied der SPD. Als Webmaster der AfA Barnim (www.afa-barnim.de) und der SPD-Finow (www.spd-finow.de) trug Steiner maßgeblich dazu bei, die Besucherzahlen und damit die Popularität der beiden ehrlichen und kritischen Internetseiten erheblich zu steigern. »Doch in dieser Zeit mußte ich bei der Partei auch leider einen gravierenden Mangel an Wandlungsfähigkeit und Zukunftsorientierung feststellen. Es bleibt ein Wunschenken, daß die Verkrustungen in der Arbeits- und Führungsstruktur von den wenigen noch verbliebenen aufrechten Genossinnen und Genossen gegenüber den mächtigen Strippenziehern in der Partei in absehbarer Zeit aufgebrochen werden können.« Die SPD setze den neoliberalen Kurs der sozialen Ungerechtigkeiten unvermittelt fort und entferne sich immer mehr von ihren sozialdemokratischen Wurzeln. »Vieles, was Generationen in Deutschland über 150 Jahre an sozialer Gerechtigkeit, sozialen Errungenschaften und Arbeitnehmerrechten hart erkämpft haben, wurde – zusammen mit der SPD und ihren Karrieristen, die als Steigbügelhalter der Mächtigen fungieren – in wenigen Jahren zunichte gemacht.« Damit habe die SPD das »S« im Namen genauso wenig verdient wie die CDU das »C«. Es sei zu befürchten, daß die SPD in die Geschichte als eine Bewegung eingehen wird, »die den neokonservativen Kräften nicht nur den Weg zur Macht gebnet, sondern ihnen auch noch Alibis für eine TINA-Politik (There-Is-No-Alternative) geschaffen hat, nach deren Vollendung man Deutschland wohl nicht mehr wiedererkennen wird.«

Dr. Steiner kritisiert zudem, daß neue Gedanken, bürgernahe Strömungen und Ansprüche, wie eine ökologisch ausgerichtete Politik, kaum Eingang in die politische Umsetzung der SPD finden. Es »dominieren Heuchelei, Buchhaltermentalität, Engstirnigkeit, zeitintensive und wenig effektive Grundsatzdiskussionen und programmatische Inhaltslosigkeit, gepaart mit wahlstrategischen Taktierereien«. Der Partei fehle

eine junge rebellische Generation. »Übrig bleibt nur noch ein auf Linie getrimmtes Netzwerk zur gegenseitiger Beförderung von Karrieren.« So seien die dramatischen Vertrauens- und Ansehensverluste in der Bevölkerung nicht verwunderlich.

»Innerhalb der regionalen SPD mußte ich leider zur Kenntnis nehmen, daß konstruktive Mahner und Kritiker nicht gebraucht und sinnvoll eingebunden, sondern verhöhnt, stigmatisiert und kaltgestellt werden. Ich sehe keinen Sinn hinsichtlich der Mitgliedschaft in einer Partei, die mir mit ihren Inszenierungen nur noch die Rolle eines Statisten zuweisen möchte.« Hinzu kamen strukturelle Entwicklungen in der SPD Finow, durch die ihm der Ortsverein als politische Heimat verlorenging. »Ende April wurde hier ein Vorsitzender gewählt, den ich, wemgleich er das Parteibuch der SPD besitzt, nicht für einen Sozialdemokraten halte. Unter seinem Vorsitz gebe ich der SPD Finow keine politische Zukunft. Zudem habe ich den Eindruck, daß er in seiner Funktion als Kreistagsabgeordneter als verlängerter Arm des Barnimer Landrates fungiert und die Kreisverwaltung nicht ordnungsgemäß kritisch kontrolliert.« Die offensichtlichen scheidemokratischen Strukturen sowie Mandate in Kommunalparlamenten, wo nicht sozialdemokratische Ziele, sondern Aufwandschädigungen im Vordergrund stehen als auch Ansätze von partei- und kommunalpolitischem Filz, Klüngel und Korruption, lehnt Dr. Andreas Steiner entschieden ab.

Seine politische Zukunft sieht der parteilose Sozialdemokrat in jedem Falle außerhalb fester politischer Strukturen. Er möchte sein Fachwissen unabhängig einbringen können. »Klar ist jedenfalls, daß ich mein gesellschaftspolitisches Engagement fortsetzen werde. Zumindest finde ich jetzt mehr Zeit, um mich verstärkt in den partei- und bundnisübergreifenden Bürgerinitiativen einzubringen.« Hierzu zählt Steiner den Barnimer Baumschutzstammtisch (hervorgegangen aus der Initiative zur Rettung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29) und die Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt Schorfheide e.V. (BI-S), die gegen die geplante Sondermüllverbrennungsanlage der Theo Steil GmbH in Eberswalde kämpft und deren stellvertretender Vorsitzender er ist. Auch bei Ver.di und in der Grünen Liga werde er weiterhin aktiv sein.

»Bezüglich der bevorstehenden Kommunalwahlen lote ich derzeit für mich aus, wo sich Schnittstellen einer partei- und fraktionsübergreifenden, bürgerfreundlichen und konstruktiven Sachpolitik, insbesondere in den sozialen und ökologischen Bereichen, ergeben... Wie, auf welcher Ebene und in welchen demokratischen Strukturen ich mich als parteiloser Bürger engagieren werde, entscheide ich sehr bald.«



Proteste gegen geplante 380-kV-Freileitung

Serwest (bbp). Nachdem das Raumordnungsverfahren zu der geplanten 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen weitgehend unbeachtet geblieben war (vgl. »50 Meter über dem Finowtal« in BBP 3/2008) erwachte mit dem nun eingeleiteten Planfeststellungsverfahren doch der Widerstand gegen dieses Bauvorhaben. Im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin bildete sich jetzt die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat«.

Ihren Protest gegen die geplante Freileitung untermauert die BI mit einer Unterschriften-sammlung, mit der von der Landesregierung und dem Bauherrn Vattenfall gefordert wird, »keine neue Stromtrasse durch die Biosphäre« und »keine Stromtrasse im unmittelbaren Umfeld aller Dörfer im Bereich des Biosphärenreservats« zu bauen. »Die betroffenen Bewohner und Eigentümer der Region«, heißt es im Text der Unterschriftensammlung, »sind zur geplanten 380-kV-Freileitung des Energiekonzerns Vattenfall bisher nicht angehört worden, Einwände des Landesumweltamtes wurden beiseite geschoben, wichtige Verbände wurden nicht einbezogen. Wir fordern: Neueröffnung des Raumordnungsverfahrens, Entscheidung für eine mögliche Trassenalternative außerhalb des Biosphärenreservates oder Erdverkabelung.«

Nach Auffassung der BI geht von der 380-kV-Leitung eine erhebliche Gesundheitsgefährdung aus. Das Krebsrisiko von Kindern werde im Umfeld solcher Leitungen um mindestens 50 Prozent erhöht, bei Erwachsenen nehme das Lungenkrebsrisiko zu. Deshalb fordere die Weltgesundheitsorganisation die großräumige Umgehung von Wohngebieten. Die Trassenführung mißachte zudem den Umweltschutz. Hier lebende, brütende und rastende Vögel würden durch die Trasse gefährdet.

»Unsere Gegend« heißt es weiter, »hat einen hohen Erholungswert, der von immer mehr Menschen genutzt wird, langsam entwickelt sich in unserer Region sanfter Tourismus, der wirtschaftlich überlebenswichtig ist für die Region und ihre Dörfer. Die Trasse gefährdet eine nachhaltige Entwicklung der Region.«

Die geplante Trassenführung Richtung Schwedt und dann mitten durch das Biosphärenreservat, machten wie die Leitungskapazität von 380 kV für den von Vattenfall be-

haupteten Anschluß der Windparks in Mecklenburg-Vorpommern keinen Sinn. In dem Fall hätte man das Biosphärenreservat in Richtung Oranienburg umgehen können. »Sinn macht diese Trassenführung nur, wenn man neue Kraftwerkskapazitäten in Polen anschließen will, insbesondere das für 2015 in Aussicht genommenen Kernkraftwerk Gryfino.«

Wegen der geforderten Trassenbündelung hält sich die neue Freileitung weitgehend an den Verlauf der in den 50er Jahren gebauten 220-kV-Leitung. Diese Leitung sei aber, so die BI, »ohne Rücksicht auf Gesundheit und Belange von Bewohnern und Umweltschutz« gebaut worden. Damalige Proteste seien ungehört geblieben. Diese alte Trasse sei sanierungsbedürftig. Die BI fordert eine Neuverlegung dieser Trasse als Erdkabel oder eine Bündelung mit der 380-kV-Trasse außerhalb des Biosphärenreservats. Menschen- und Umweltschutz müsse vor die Profitinteressen eines Stromgiganten gehen.

Die BI »Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat« ist erreichbar über Thomas Pfeiffer, Buchholzer Str. 22, 16230 Chorin OT Serwest, Tel. 033364/509001 Fax 033364/50887, Handy 0172/3032604.

Angriff auf die Photovoltaik

Berlin (ngo/gfp/bbp). Die Bundesregierung bekommt mit ihrem Vorhaben, die Förderung dezentraler Energieanlagen auf der Basis erneuerbarer Energien zu verschlechtern, Gegenwind von den ostdeutschen Regierungschefs. Wie der Internet-Zeitung ngo-online (www.ngo-online.de) am 14. Mai zu entnehmen war, dringen die Regierungschefs der fünf ostdeutschen Bundesländer und Berlins auf eine weitere Förderung der Erneuerbaren Energien. Dieser Markt habe sich zu einem Motor für den wirtschaftlichen Aufbau Ost entwickelt, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Mittlerweile kämen beispielsweise 35 Prozent der Photovoltaikmodule in Deutschland allein aus der Region Berlin/Brandenburg. Auch Wolfgang Böhmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, wo bereits fast 40 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommt, appellierte an die Bundesregierung, die geplante Rückführung der Förderung nicht weiter zu verschärfen. Angesichts des schwierigen Marktumfeldes würden einige Betriebe, die erhalten werden sollten, betriebswirtschaftlich nicht mehr zurechtkommen.

Auch Sachsen hat den Angaben zufolge stark von den Erneuerbaren Energien profitiert. Mittlerweile gebe es 3000 Arbeitsplätze in der Photovoltaik-Branche. In Mecklenburg-Vorpommern würden inzwischen 24 Prozent des Bedarfs aus erneuerbaren Energien gewonnen. Neben der Sonnen- und Windenergie gebe es auch große Anstrengungen zur Nutzung von Erdwärme oder Biomasse. Der für den Aufbau Ost zuständige Bundesverkehrs-

minister Wolfgang Tiefensee (SPD) sagte zurückhaltend, der Bund wisse um die besonderen Bedingungen der Branche und ihre Möglichkeiten gerade für den Aufbau Ost. »Da ist der Kuchen noch nicht verteilt«, sagte er mit Blick auf die rund 50 Prozent an Arbeitsplätzen, die in der Branche in den neuen Ländern entstanden seien. Deshalb plane der Bund »keine weitgehenden« Kürzungen.

Im derzeitigen Entwurf der Bundesregierung sind allerdings deutliche Kürzungen für die Photovoltaik vorgesehen. Hintergrund ist offenbar das Interesse der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU), den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen in Bürgerhand zu verlangsamen, weil dadurch den großen Energiekonzernen wie RWE, E.On, EnBW und Vattenfall schrittweise das profitable Stromgeschäft entgleitet.

Die Bundeskanzlerin nutzte in der Zwischenzeit ihre Lateinamerikareise u.a. dazu, in Brasilien ein umstrittenes Abkommen über den Handel mit Bio-Kraftstoffen zu unterzeichnen. Damit setzen sich die Regierungen in Berlin und Brasilia über Forderungen sozialer Organisationen, der katholischen Kirche und der Vereinten Nationen hinweg, denen zufolge die Produktion und der Verbrauch von Agrarsprit angesichts der anhaltenden weltweiten Lebensmittelkrise gesenkt werden soll. Umweltschützer beobachten außerdem wegen der steigenden Treibstoff-Produktion eine zunehmende Rodung von Urwaldbeständen, so etwa im brasilianischen Amazonasbecken – mit katastrophalen ökologischen Folgen.

B167/B158 neu:

Mit und für die Region

Am 28. Mai hatte die Bürgerinitiative »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde« zu einer Informationsveranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Peter Hettlich (Bündnis 90/Grüne) und seinem Mitarbeiter Rüdiger Herzog nach Hohenfinow eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Möglichkeiten Kommunen und Kreise haben, sich in Landes- und Bundesplanungen einzubringen. Die Gesprächspartner boten Informationen zu den Hintergründen des Bundesverkehrswegeplanes: Wie kommt er zustande, wie flexibel ist er, wieweit berücksichtigt er kommunale Verkehrsprobleme? Ebenfalls erörtert wurden die Rolle der Landesplanung, die Bedeutung des »Blauen Netzes« und die Einflußmöglichkeiten des Landtages.

Nach Auffassung der BI führt der Titel des Raumordnungsverfahrens »Ortsumgehungen von Eberswalde bis Bad Freienwalde im Zuge der B167 und B158« in die Irre. Vorgesehen ist eine im Bundesverkehrswegeplan festgeschriebene Schnellstraße mit Richtgeschwindigkeit 100 und möglichst wenigen Anbindungen. Dadurch könne aber kaum die innerörtliche Verkehrssituation in Eberswalde, Bad Freienwalde, Hohenfinow oder Falkenberg entlastet werden. Daher ging es vor allem auch um die Frage, wo man auf politischer Ebene ansetzen kann, um eine Verkehrspolitik mit und für die Region einzufordern.

Bürgerinitiative »Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde«

Erinnerungen an eine dramatische Zeit (Teil III)

Mein Jahr Achtundsechzig

Praha, ma láska. Vom Januar zum August.

Die neuere Geschichte der Tschechen und Slowaken ist übersichtlich geordnet. Viele ihrer Schicksalsjahre sind durch eine Acht markiert (man »beachte« den Bedeutungsumfang des Wortes: achten – verachten – ächten...): 1618 Aufstand der böhmischen Stände. Seine Niederlage in der Schlacht am weißen Berge vor den Toren Prags besiegelte 1620 den Untergang des selbständigen böhmischen Staates und die nationale Vorherrschaft der Deutschen. 1918 gründeten Tschechen und Slowaken einen gemeinsamen Staat. Der wurde 1938 von den eigenen Verbündeten – den Engländern und Franzosen – schmählich verraten. 1948 Niederlage der bürgerlichen Republik. Kommunisten und Sozialisten errangen die Macht – aus eigener Kraft übrigens. Damit begann die sozialistische Transformation des Landes und, im Zeichen des kalten Krieges, seine Integration ins östliche Lager. Dann kam das Jahr 1968...

Wir Rostocker Biologiestudenten hatten 1959 und 1961 gemeinsam mit unseren Brüner Kollegen auf Exkursionen die schönsten Gegenden unserer beiden Länder bereist. Seitdem pflegte ich Kontakte zu Freunden in der CSSR. Der Briefwechsel – deutsch, englisch, russisch – war mühsam. 1965 schickte mich mein Institutsdirektor für einige Wochen zu einem radiologischen Methodenkurs nach Berlin. Dort besuchte ich das Haus der tschechoslowakischen Kultur und bezog nun deutschsprachige Zeitschriften von dort und erstklassige Supraphon-Schallplatten. Für 1968 plante ich eine dreiwöchige Reise durch die Slowakei. Dazu lernte ich tschechisch, und Margit, eine slowakische Biologielehrerin, die als Studentin 1959 an den Exkursionen teilgenommen hatte, organisierte die Quartiere. Ende 1967 kam ich nach Eberswalde an die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Meine Kontakte zur CSSR-Kulturvertretung in der Friedrichstraße wurden nun enger. Ich besuchte manche der dortigen Veranstaltungen und lernte die Mitarbeiter kennen. Frau P-ová korrigierte meine Briefe, als mein Tschechischstudium voranschritt. Die persönlichen Beziehungen förderten natürlich meine Anteilnahme an den Ereignissen in der CSSR.

Mir war die Hypothek bewußt, die das Verhältnis der Deutschen zu den Tschechen vor allem seit 1938 belastete. Wer Augen hatte, wurde damit in der Tschechoslowakei auf Schritt und Tritt konfrontiert – Gedenktafeln für die Gefallenen des Prager Mai-Aufstandes 1945 an den Häusern; die Namen Zehntausender ermordeter Juden an den Wänden der Pinkassynagoge, das Denkmal für die Opfer der Brüner Universität während der Okkupation; die Gedenkstätte für den Slowakischen Nationalaufstand in Banská Bystrica, ein Partisanendenkmal in der Niederen Tatra, einem Schwerpunkt der Kämpfe. Wo hatte unser Brüner Botanikdozent seine guten Deutschkenntnisse her? Er hatte in Dresden Zwangsarbeit geleistet... Wer das alles zur Kenntnis nahm, konnte nur bemüht sein, Freundschaft und Vertrauen in den beiderseitigen Beziehungen zu fördern.

1967 weckte die Entwicklung in der CSSR gelegentlich meine Aufmerksamkeit. Eine

Wirtschaftsreform sollte zu einer gewissen Zentralisierung der Wirtschaftsleitung führen, mehr Spielraum für die Betriebe bringen. Ähnliches versuchte man auch in der UdSSR, der DDR und Ungarn. Dann gab es Ungelegenheiten mit den Schriftstellern. Sehr aufregend fand ich das alles nicht. Genauer hörte ich hin, als im Herbst die Diskussionen im Schriftstellerverband schriller wurden. Dann das ZK-Pleum im Dezember. Man diskutierte die Ablösung des Parteichefs Novotný, der auch Staatspräsident war. Ihm wurden Dogmatismus, ungesetzliche Repressionen und die Wirtschaftskrise vorgeworfen. Man wurde sich aber nicht einig und vertagte sich auf Januar. Inzwischen berichteten Westmedien, im Zentralkomitee gäbe es drei Oppositionsgruppen gegen die Novotný-Spitze. Für rebellische Schriftsteller und Künstler sprach Eduard Goldstücker, Chef des Schriftstellerverbandes. Dann die Wirtschaftsreformer, besonders Ota Šik, der eine weit radikalere marktwirtschaftliche Reform anstrebte. Wieviel Sozialismus dabei übrig bliebe, war erst einmal nicht klar. Diese Gruppen hatten Verbündete im Parteiapparat, so Smrkowski und Ev en Erban. Im ZK hatten sie aber keine Mehrheit. Eine dritte Fraktion, die Slowaken, war schon lange unzufrieden. Die Dominanz der Tschechen im Gesamtstaat, seit der Staatsgründung ausgeprägt, wurde zwar in der zweiten Republik, nach 1945, gemildert. Aber benachteiligt war der Osten des Landes immer



Partisanendenkmal an der Kralicka (Niedere Tatra).

noch. Die Slowaken – zu ihnen gehörten Dubcek und Gustav Husák, ein Führer des slowakischen Aufstandes von 1944 – zielten weder auf radikale Wirtschaftsreformen noch auf radikale ideologisch-kulturelle Liberalisierung. Sie wollten vor allem eine Staatsreform zur Lösung der Nationalitätenfrage. Zwischen rechtem Reformflügel und seinen Gegnern waren sie das Zünglein an der Waage (die »Reformer« sprachen allerdings nicht von rechts und links, sondern von progressiv und konservativ. Darin, aber auch in den Inhalten und im Verlauf der Ereignisse, gab es deutliche Parallelen zur späteren Perestrojka-Politik Gorbatschows).

Januar 68. Die Slowaken erreichten die Föderalisierung, Novotný mußte als Parteichef zurücktreten. Als offenbar beiden Parteiflügeln relativ akzeptabler Kompromißkandidat wurde Dubcek sein Nachfolger, der 1. Sekretär der slowakischen KP, an deren Spitze nun Husák trat. Ein Aktionsprogramm der KPC sollte die Reformziele darstellen. Damit begann die »Nach-Januar-Politik«. In den nächsten Wochen gab es umfangreiche personelle Veränderungen. Novotný-Anhänger und Gegner des Reformkurses blieben weiter in Parteiführung und Regierung vertreten, verloren aber an Einfluß. Besonders stark waren die Positionen der »Reformer« im Prager Stadtkomitee und in den Medien. März: Novotný muß auch das Amt des Staatspräsidenten aufgeben, das Aktionsprogramm wird verabschiedet. Als neuen Staatspräsidenten setzten die Slowaken in der Parteispitze Ludvík Svoboda durch, wohl die klügste Entscheidung bei der Neuformierung der Staats- und Parteispitze. General Svoboda (der Name »Freiheit« konnte für ein Programm stehen) hatte die tschechoslowakischen Truppen kommandiert, die an der Seite der Sowjetarmee das Land befreit hatten. Vor 1948 Verteidigungsminister der Regierung Gottwald, hatte er sich nicht am »Putsch« der bürgerlichen Parteien beteiligt, die im Februar 1948 diese Regierung zu stürzen versuchten. Svoboda war in der UdSSR so hoch angesehen wie im Land selbst. Wenn einer, konnte er Vertrauen in die politischen Absichten der neuen Staatsspitze vermitteln. Der neuen Regierung unter Oldrich Cerník gehörten Jiri Hajek (Äußeres), Šik (Wirtschaft), Dzur (Verteidigung) sowie Husák an. Der April markierte die erste Etappe des »Prager Frühlings«.

Dessen Problematik zeigte sich schnell. Im Mai und Juni wurde die Medienpropaganda hektisch. Die politische Situation entgleiste zunehmend. Die »Reformer« beteuerten zwar, antisozialistische Kräfte zu bekämpfen. Aber praktisch geschah nichts. Ihre Taktik, das eigene Tun zu tarnen, zu leugnen, aber fortzusetzen, hatten schon die Urväter des modernen Revisionismus verfolgt. »Mein lieber Ede,« hatte Ignaz Auer 1899 an Eduard Bernstein geschrieben, »das, was Du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man« (1). Schon seit dem Dresdner Treffen im März reagierte der Warschauer Pakt

höchst beunruhigt. Weitere Konferenzen folgten, ab Mitte Juni dann auch eine Serie von Militärbungen (2). Man fürchtete, die Bewegung könnte auf andere Länder übergreifen und unkontrollierbar werden. Gomulka in Dresden: »Ihr habt Glück, daß es bei Euch keinen so starken Katholizismus gibt, wie wir ihn in Polen haben.« (3).

Ende Juni begann meine Reise. Mit meinen Begleitern – Margit und Töchterchen – genoß ich die landschaftliche Schönheit der Mittelslowakei. Auf einer Kammwanderung in der Niedere Tatra lernte ich mit Hilfe meiner Kollegin die abwechslungsreiche Gebirgsflora des Gebietes kennen, aber auch die typische Volkskunst und Volksarchitektur. Kontakt zu den Menschen ergab sich leicht, wenn man ihnen aufgeschlossen begegnete. Schon ein Gruß oder ein Bitte und Danke in der Landessprache hellte die Gesichter auf. In Šumiac am Ostrand der Niederen Tatra trafen wir unsere Wirtsleute schon eine Strecke vor dem Haus auf einer Wiese beim Heu Einbringen – bei dem unbeständigen Wetter im Gebirge eine Arbeit, die rasch erledigt werden muß. Soviel Verständnis für Landwirtschaft hatte ich während der LPG-Einsätze als Student erworben. Ich setzte also ohne Umstände mein Gepäck ab, nahm mir eine Harke und half. Sofort war das gute Einvernehmen mit den Gastgebern hergestellt.

Viele kleine Erlebnisse auf den Reisen durch die Tschechoslowakei haben mein persönliches Verhältnis zum Land geprägt. Da war der alte Mann, der mich durch die Hintereingänge und Keller mittelalterlicher Häuser in der Prager Altstadt führte, wo Archäologen und Restauratoren an der Arbeit waren. Welcher normale Tourist hat das gesehen? Oder Lída, Fremdenführerin auf der Prager Burg, mit der ich die Altstadt erkundete, wobei ich fast die Rückfahrt mit meiner Studentengruppe verpaßt hätte. Sie gab mir (da verheiratet) eine Zweitadresse für den Briefwechsel. So übte ich mich nun in »Konspiration«. Oder jener Mann in einer slowakischen Kleinstadt, der sein Fahrrad ans nächste Haus lehnte und mit mir durch das Städtchen lief, damit ich meinen beschädigten Farbfilm in einer Dunkelkammer retten konnte...

In der Südslowakei waren wir bei Margits Eltern zu Gast. In dieser Gegend gab es Spannungen zwischen Slowaken und Ungarn sowie zwischen Slowaken und den Roma, deren Selbsthaftmachung die Regierung mit nur mäßigem Erfolg betrieb. Schutzengel Margit bewahrte mich vor Betrug auf dem Markt und vor Ärger, als ich Roma-Familien fotografieren wollte. Doch waren das Ausnahmen. Die Slowaken erwiesen sich als überaus hilfsbereit und gastfreundlich. Das menschliche Klima war um einige Grad herzlicher als zu Haus in der DDR.

In Prag, der letzten Station, war die Stimmung deutlich anders, nervöser, gereizter. Ein Erlebnis am Wenzelsplatz zeigte das. In Prag sah man Szenen, die in Berlin nicht vorstellbar waren. Ich »sammelte« mit dem Fotoap-



Heuernte in Šumiac (Niedere Tatra)

parat: ein Fensterputzer mit schmal-dreieckiger Leiter, wie zur Zeit der k.u.k. Monarchie. Kanutinnen mit geschulterten Paddeln an einer Tramhaltestelle (der sportliche Sinn der Tschechen und Slowaken sprach auch aus dem beliebten Gruß »Ahoj«). Und am Wenzelsplatz sah ich einen Schuhputzer am Werk. Ich ahnte ja nicht, welchen Ausbruch mein Fotografieren bewirkte. Für welche Zeitung ich arbeite? Woher ich käme, aus der DDR? Erst fotografieren Sie solche Sachen, dann schreiben Sie dazu feindliche Kommentare, beschwerte sich der Kunde. Er kenne das. Er sei selbst Redakteur...! Ich hatte Mühe, mit mangelhaftem Tschechisch die Leute zu beruhigen, die gegen mich Front machten. Dort standen nicht etwa wartende Kunden, sondern Zuschauer. Der Anblick war offenbar auch ihnen neu. Der Schuhputzer vor dem Luxushotel schien Produkt der Wirtschaftsreformen: flexible Anpassung an erwartete westliche Touristen. Und der Journalist kann sich in seiner Rolle nicht wohl gefühlt haben. Rikschafahrer und Schuhputzer galten bisher als Beispiele niedrigster, entwürdigender Formen der Ausbeutung im Kapitalismus.

Aber auch in Prag habe ich viele Zeichen freundlichen Entgegenkommens erlebt, die in Berlin nicht vorstellbar waren. Im übrigen war die Stadt von traumhafter Schönheit, gleich, ob man sie vom Strahov-Berg her im Moldaubogen liegen sah, ob man die schmalen Altstadtgäßchen durchwanderte oder sich in eines der vielen winzigen Cafés setzte, die manchmal nur zwei oder drei Tische hatten. Dann die Moldauinseln, die historischen Friedhöfe, die Schätze an französischer Malerei in der Nationalgalerie, das Automatenrestaurant »Koruna«, der Plattenladen am Wenzelsplatz, in dem ich viele kleine Kostbarkeiten erwarb. Und der eigenartige Reiz des rhythmisch-melodischen Sprachduktus des Tschechischen... Praha, ma láska – Prag, meine Liebe.

Zu Hause las ich die Zeitungen nach. Wie sicher waren meine Beobachtungen? Gab es eine Gefahr der Konterrevolution? Stand eine Intervention bevor? Überall Zweifel, keine Gewissheiten. Aber eine Hoffnung: die Vereinbarungen von Cierna nad Tisou und Bratislava Anfang Juli.

Anmerkungen

- (1) Helga Grebing, Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum Prager Frühling. München 1977, S. 36.
- (2) Rüdiger Wenzke, Prager Frühling - Prager Herbst. Berlin/DDR 1990.
- (3) V. Bilak, Wir riefen Moskau zu Hilfe. Berlin 2006.

Grundeinkommen

Wer meine Artikel »Die Zinsen verursachen die Probleme« und »Gerechte Verteilung« gelesen hat, für den ist ersichtlich, daß auch ich Zweifel an einem bedingungslosen Bürgergeld habe, noch größere habe ich allerdings am zeitweiligen Grundeinkommen. Als Alternative stellte ich eine, ursprünglich von Milton Friedman angeregte, Form der negativen Einkommenssteuer vor.

Dr. Thiel meint in der BBP 5/2008, daß ich dem Leser »emotionale, subjektive Äußerungen schmackhaft« machen wollte und mich nicht auf die Gesamtheit seiner Argumentation bezogen habe. Nun, Dr. Thiel hat Stichpunkte seines zeitweiligen Grundeinkommens aufgeführt auf welche ich auch stichpunktartig eingegangen bin. Des weiteren habe ich vorsichtig versucht herauszustellen, daß Dr. Thiel den Menschen für sein Modell idealisiert. Mein Eindruck war, daß es sich nur um einen Teil einer umfangreicheren Argumentation zum z.Ge. handelte. In seinem Artikel der BBP 2/2008 meint Dr. Thiel z.B., daß ein bedingungsloses Grundeinkommen gegen Artikel 1 des GG verstoße (??). In einer so stark arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unseren ist es meiner Meinung nach das Fehlen eines solchen. Und wenn man Menschen das Recht auf Faulheit abspricht verletzt man Artikel 12 des GG (Freiheit der Berufswahl). Frei wählen kann man nämlich nur, wenn man auch die Möglichkeit hat nicht zu wählen!

In seinen Bemerkungen schreibt Dr. Thiel zum Thema Hartz IV: »Fast alle sehnen sich nämlich danach, endlich wieder einen ordentlichen Arbeitsplatz zu haben«. Warum tun die Hartz IV Empfänger dies? Weil Sie ständig unter Druck gesetzt werden und weil es Usus ist, daß nur weisungsgebundene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch »ordentliche Arbeit« ist. Ein bedingungsloses Grundeinkommen macht den Menschen frei in seiner Entscheidung wo, wann und unter welchen Bedingungen er wie viel arbeitet. Er ist nicht mehr von Verarmung bedroht und kann somit auf Augenhöhe mit einem potentiellen Arbeitgeber verhandeln.

Hartz IV macht ihn zu einer Art modernen Sklaven, wie Gerd Markmann auf der Titelseite der BBP 5/2008 schreibt. Eine kurze allgemeine Kritik an einem zeitweiligen Grundeinkommen stützt sich hauptsächlich auf die damit einhergehende Bürokratie. Es wird viele Interessengruppen geben welche je nach Stärke ihrer Lobby ihre Ansprüche auf Kosten anderer durchsetzen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen umgeht dieses Problem und eine Ausgestaltung als negative Einkommenssteuer setzt sogar noch Leistungsanreize durch Aufstockungsmöglichkeiten.

In Kürze möchte ich ein stichpunktartiges Konzept für ein anderes Wirtschafts-, Sozial-, und Gesellschaftssystem veröffentlichen, welches, so hoffe ich, zur weiteren Diskussion und Kritik anregt.

ANDY LOSCH

Ein Jahr in Schweden: Zehnter Monat – Mai

Der Unterschied zwischen Deutschen und Schweden

Seit August 2007 arbeitet Marie Lange aus Eberswalde als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie seitdem regelmäßig über ihre Erlebnisse und Erfahrungen.

Wie im letzten Artikel angekündigt, machte ich meine kleine Überraschung zu Beginn des Monats wahr. Als meine schwedische Familie vom 5. bis 12. Mai im Urlaub war, nutzte ich die Zeit für einen Kurzbesuch in der Heimat. Am fünften hatte meine Mami Geburtstag und so überraschte ich sie und ihre Geburtstagsgäste zu Hause in Eberswalde. Alle freuten sich sehr, mich wieder zu sehen. Meine Eltern und ich versuchten, soviel wie möglich Zeit miteinander zu verbringen. Was allerdings gar nicht so einfach war, da ich ja auch meine Freunde, meinen Chor, meine Chorleiter und meine Verwandten sehen wollte. Nach den 7 Tagen voll gepackt mit Aktivitäten brauchte ich wirklich Urlaub.

Es war sehr interessant wieder in Deutschland zu sein, aber auch schön, nach Schweden zurückzukehren. Wo mich zwei Kinder eine Woche lang in Beschlag nahmen, da sie mich so vermisst hatten.

Kurz möchte ich mich nun zu meinen Eindrücken in Deutschland äußern.

Meine Heimatstadt Eberswalde kam mir nun relativ klein vor, obwohl Stockholm ja auch nicht so groß ist. Im deutschen Alltag angekommen, erlebte ich so einige lustige Sachen.

Wie bspw. die Aktion im Bus: Spätestens am Dienstag wurde mir bewußt, daß ich mich nicht mehr in Schweden, sondern wieder in Deutschland aufhalte. Ich wollte meine Mama von der Arbeit abholen und bin deshalb mit dem Bus nach Süding gefahren. Ich stieg in den Bus und bat um eine Fahrkarte. Der Busfahrer tippte alles ein. Doch plötzlich riß er das Fenster neben sich auf und rief zu einem vorbeifahrenden Fahrradfahrer: »Du Blödmann, kannst du nicht auf dem Radweg fahren!« Ich schluckte und dachte nur, so etwas würde einem in Schweden nicht so schnell passieren.

Mir wurde bewußt, daß mir hier in Schweden die Freiheit fehlt, einfach machen zu können was ich will, wann ich es will und wie ich es will. Das hat sicher weniger mit Schweden an sich zu tun. Wenn man als Au pair mit der Familie in einem Haus lebt, ist man ständig eingeschränkt. Man möchte nicht immer die



Stockholm. Im Hintergrund ist die Altstadt zu sehen. Vorn im Bild die Anlegestelle für die finnischen Fähren der »Viking-Linie«. Das Bild unten zeigt den Lieblingsplatz von Marie im Stockholmer Stadtteil Sattsjöbaden.

Familie, oder die Kinder sehen. Denn schon das Gesehen werden führt oft dazu, daß die Kinder mit einem spielen wollen. Man richtet sich einfach immer nach der Familie, was auf Dauer wirklich anstrengend ist, aber zu unserer Arbeit dazu gehört. Und das geht natürlich nicht nur mir so, meine Au pair Freundinnen empfinden das ebenso.

Nach 10 Monaten im schwedischen Alltag kann ich mich sicher langsam auch mal zu den Unterschieden zwischen Schweden und Deutschen äußern. Die Schweden sind dafür bekannt, daß sie nicht offen sagen, was sie denken. Sie sind sehr verschlossen, wirken auf den ersten Blick hin aber sehr offen und freundlich. Was sie auch wirklich sind. Ein Schwede sagt nicht so schnell was er denkt und fühlt, eher zeigt er es durch Sarkasmus oder sagt gar nichts. Kritik über eine Person wird nur selten geäußert, es wird allgemein über jemanden nur positiv oder ironisch gesprochen. Weshalb es auch so schwer ist, hier Kontakte zu knüpfen. Ich habe immer das Gefühl, daß ich bei den meisten Schweden, die ich kenne, nicht weiß, woran ich bei Ihnen eigentlich bin. Da sind mir die Deutschen mit ihrer offenen, direkten (wenn auch damit nicht immer freundlichen) Art viel lieber. Das finde ich einfach ehrlicher. Auch meine schwedische Freundin Ella meinte, daß es relativ untypisch sei, seine Gefühle frei zu äußern. Aus dieser Verschlossenheit ergeben sich auch die anderen Unterschiede. Man sagt, die Schweden zeigen nicht viel Mimik. Übertrieben gesagt, können Sie nur Freude, Trauer, Ärger und Gleichgültigkeit auszudrücken. Was sicher auch wieder von Person zu Person verschieden ist.

Ich habe das Resultat von meinem Schwedischtest Swedex zurückbekommen. Und ich freute mich über ein mvg, ein mycket väl godkänt, eine 1. In Schweden gibt es die Zensuren mvg (sehr gut), vg (gut) und g (befriedigend) und ig (durchgefallen). Die anderen beiden Au

pairs, die den Test gemeinsam mit mir gemacht haben, freuen sich auch über ein mvg.

Letzte Woche bat mich meine schwedische Familie, einen Blick auf die Liste mit neuen Au pairs zu werfen. Ich war total überrascht, da ich nicht damit rechnete, daß sie nach mir noch ein Au pair wollen. So hatten sie es Anfang des Jahres jedenfalls zu mir gesagt. Es fühlte sich seltsam an, einen Nachfolger zu suchen, der dann meinen Platz einnimmt, der meine Arbeit macht, in meinem Zimmer wohnt und in meinem Bett schläft. Man hat sich jetzt einfach so sehr an alles gewöhnt, daß es unwirklich scheint, daß alles jemand anderem gehören soll. Und ich mache meine Arbeit ja auch super gerne. Umso schöner ist es, daß ich auch ein wenig mit eingebunden werde in die Suche nach einem neuen barnflicka (Au pair). Es ist ein Mischmasch der Gefühle, auf der einen Seite will man wirklich endlich anfangen zu Leben und wieder etwas Bildendes tun und auf der anderen Seite hält es einen hier in diesem wunderschönen Land mit den Menschen, die man sehr gut leiden kann.

Nichtsdestotrotz werde ich am 3. Juni dieses wundervolle Land verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren und dort hoffentlich zu studieren.

Am 4. Juni hat mein Chor der Jugendchor Westend sein letztes großes Sommerkonzert. Es werden Titel aus all den Jahren, die unser Chor nun schon besteht, präsentiert und United Voices werden auch wieder auftreten. Ich freue mich, dabei sein zu können und in unserer Grundschule Westend wieder den Sommer einzuläuten. Das wird mich dann den Abschiedsschmerz hoffentlich etwas vergessen lassen.

Aber ich möchte auf jeden Fall wiederkommen. Schweden ist und bleibt weiterhin mein Traumland, und es gibt ja noch so viel zu sehen und zu entdecken.



Mittelungswertes über Zahlen

Die sicherlich bekanntesten mathematischen Objekte sind Zahlen. Im Zusammenhang mit der Beitragsserie zum Jahr der Mathematik sollen hier kurz Historisches, Aktuelles und dargestellt werden.

Zahlenzeichen gehören zu den ältesten Spuren menschlicher Schrift. Es gibt Zahlendarstellungen in Hieroglyphen und in Keilschrift. Bekannt sind auch die römischen Zahlenzeichen M, D, C, L, X, V, I. Mit diesen Zeichen lassen sich alle natürlichen Zahlen bis ca. 4000 darstellen. Römische Zahlen haben den Nachteil, daß Rechenoperationen nur sehr schwer ausgeführt werden können. Es ist fast unmöglich die Multiplikationsaufgabe $MCMLIX \cdot II = MMMCMXVIII$ zu lösen.

Wir sind gewöhnt, Zahlen im Dezimalsystem darzustellen. Dieses hat aber auch gewisse Nachteile. Für eine Zahl bis ca. 4000 benötigen wir im römischen System maximal 7 verschiedene Zeichen, im Dezimalsystem muß man schon 10 Zeichen verwenden. Das besondere im Dezimalsystem sind neben der Basis 10, die Einführung der Null (von den Indern im Zeitraum 300 v.u.Z bis 600 u.Z. erfolgt), und das Positionssystem. Das bedeutet nicht nur, das Zeichen beschreibt die Zahl, sondern auch die Stellung des Zeichens innerhalb der Zeichenkette hat eine Bedeutung. Positionssysteme mit den Basen 2, 8, und 16 werden bei Computern eingesetzt. Abgesehen von der Zeitmessung haben alle anderen Positionssysteme für die Praxis nur geringe Bedeutung.

Nachdem wir hier kurz über die Zahlendarstellung berichtet haben, sollen nun noch einige inhaltliche Aspekte betrachtet werden. Der erste Kontakt zu Zahlen beginnt für uns im allgemeinen mit den natürlichen Zahlen. Man akzeptiert sie als Abbild eines Zählprozesses, und begreift, daß man diese Objekte addieren und multiplizieren kann. Versucht man die entgegengesetzten Rechenoperationen, so muß der Zahlenbereich schon erweitert werden. Durch die negativen Zahlen, zwecks uneingeschränkter Durchführung der Subtraktion, und durch die rationalen Zahlen, um die Division mit Ausnahme der Zahl 0 zu realisieren. Will man dann noch mit solchen Zahlen wie Wurzel aus 2 rechnen, so ist eine erneute Zahlenbereichserweiterung nötig, nämlich die durch die irrationalen Zahlen. Zu diesen Zahlen zählen solche bekannten Zahlen wie e und π , wobei diese nicht mehr durch Wurzeln dargestellt werden können. Sie gehören zu den transzendenten Zahlen. Auch diese Erweiterung

reicht nicht, z.B. kann man aus einer negativen Zahl keine Quadratwurzel ziehen.

Die erneute Erweiterung des Zahlenbereiches geschieht dann durch die komplexen Zahlen. Im Gegensatz zu bisherigen Erweiterungen des Zahlenbereiches muß nun die Dimension der Zahl erhöht werden. Man benötigt zwei reelle Zahlen, nämlich (x,y) , um eine komplexe Zahl darzustellen, d.h. eine komplexe Zahl z wird durch $z = x + iy$ dargestellt, mit $i = \sqrt{-1}$. Durch die Erweiterung zu den komplexen Zahlen geht die Ordnungsrelation, wie wir sie von den reellen Zahlen kennen, verloren. Die Relationen $<$ und $>$ sind im Bereich der komplexen Zahlen sinnlos.

Die komplexen Zahlen lassen sich noch durch hyperkomplexe Zahlen erweitern. Dazu zählen die von dem irischen Mathematiker Rowan Hamilton im Jahre 1843 erfundenen Quaternionen und die im gleichen Jahr erfundenen Oktaven. Letztere sind dann 1845 von dem Mathematiker Cayley wiederentdeckt wurden. Zur Darstellung von Quaternionen benötigt man 4 reelle Zahlen, man sagt, die Quaternionen stellen eine vierdimensionale Algebra dar. Bei den Quaternionen gilt das bekannte Kommutativgesetz nicht mehr, bei den achtdimensionalen Oktaven gilt dann auch das Assoziativgesetz nicht mehr, aber bei all diesen Zahlenerweiterungen gibt es immer noch die Division. Erst im Jahre 1956 erfolgte der Nachweis, daß bezüglich der Algebra keine zusätzlichen Zahlenerweiterungen möglich sind.

Nun gibt es außer der Algebra noch die Analysis, das ist der Teil der Mathematik, der sich unter anderem mit der Differentialrechnung beschäftigt. Bekanntermaßen ist in der Differentialrechnung der Differentialquotient als Grenzwert einer Folge von Differenzenquotienten definiert. Die 1961 von Abraham Robinson geschaffene Nichtstandard-Analysis benutzt unendlich große und unendlich kleine Zahlen. Die reellen Zahlen sind dann in eine endliche Menge eingebettet, und folglich ist ein Differentialquotient kein Grenzwert mehr.

Die bisher neueste Zahlenerweiterung publizierte Mitte der 70er Jahre der englische Mathematiker Conway, der eine Zahl als ein Zweipersonenspiel auffaßt.

Dr. ULRICH POFAHL

Wehrkunde im RBB

Neulich, irgendwo inmitten eines der Jahresrückblicke auf 2007, kam das Ostfernsehen mit einem Beitrag über Strom und Strompreise zu Stuhle. Der wurde angekündigt mit dem Versprechen, man erfahre auch, wie man sich fürderhin gegen die Abzocke durch die Konzerne wehren könne. Wehren – das klang gut, das klang nach Aktion, da schwang nebensinnig Notwehr mit – und bei der ist ja alles erlaubt. Aufgemerkt also und nicht weggezappt. Der Beitrag ging voll ab und eröffnete keck und scharf. Von Milliarden Gewinnen der Energieriesen war die Rede, gezeichnete Profitstatistiken war zu sehen, dann die grafische Darstellung der Strompreiskurve.

Kein Wunder für jeden, der einst in die Rotbestrahlung des Parteilehrjahres gepreßt worden war – je höher der Preisauftrieb, desto fetter die Gewinne. Die Partei hatte also recht, nie und nimmer immer, aber manchmal doch?

An die bösen Fakten schloß sich eine Befragung an; Leute nannten die Bosse Ganoven, Lumpen und ein Befragter gar Haifische – der kannte seinen Brecht. Neben Groll, Wut und Zorn war ein Tenor der Ungeduld, ja leiser Drohung im Chor der Interviewten nicht zu überhören. Und nun war man sehr gespannt darauf, was die Fernsehmacher als Rezeptur für das Wehren empfehlen würden. Daß das nicht auf Kidnapping eines Econ-Chefs hinauslaufen würde oder darauf, alle Bosse aller Konzerne auf Hartz IV zu setzen, war klar. Aber zwischen dem und dem, was herauskam, nachdem der Berg gekreißt hatte, hätte es z.B. die Aufforderung geben können, sich per Volksentscheid für die Entflechtung oder Zerschlagung der Monopole einzusetzen. Oder so.

Aber der Berg gebar eine Maus. Die Maus war ein Sparfachmann, der als Wehr und Waffe gegen die gierigen Gauner Sparglühbirnen, gelegentliche Kerzenabende (bei Rotwein) und Natureis vom nahen See als Kühltruhenersatz empfahl und schließlich, schamlos und dumm, den Wechsel der Anbieter. Wenn mir einer das Messer an die Kehle setzt, dann nehm ich doch lieber einen, der mir nur die Nase abschneidet.

Dem Potsdamer Sender, der hier ein Meisterstück in Volksverarschung abgeliefert hat, könnte man ein paar weitere Muster dieser Art empfehlen: AIDS-Kranker bekämpft sein Leiden mit Heftpflaster; Neonazis lernen Gewaltverzicht beim gemeinsamen Blumenpflücken. Vogelgrippe ausgemerzt durch Verzicht aufs Vögeln. Und so weiter... *Dr. STEFFEN PELTSCH*

Zweites KJP-Pokerturnier 2008

Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde lädt zusammen mit dem Underground und Pokerklub e.V. am 27. Juni zum zweiten Pokerturnier 2008 in das Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel (Schorfheidestraße 13) ein. Beginn ist um 19 Uhr (Einlaß ab 18.15 Uhr). Es ist das zweite von vier für 2008 ge-

planten Turnieren. Es gibt wieder für die Finalteilnehmer Punkte zu gewinnen, die in die Jahreswertung einfließen. Die Teilnehmerzahl muß leider aus Organisationsgründen auf 54 begrenzt werden. Reservierungen im Vorfeld sind erwünscht. Sie gelten bis 15 Minuten vor Turnierbeginn und verfallen bei verspäteter

Anreise. Das Startgeld beträgt 3 Euro pro Person. Die Einnahmen werden gespendet. Für die Plätze 1 bis 3 gibt es Preise. Gespielt wird an 9er Tischen in der Variante Texas Hold'em No Limit.

MARTIN HOECK

Fragen und Anmeldungen bitte an: Kinder- und Jugendparlament Eberswalde, Schorfheidestr. 13, 16227 Eberswalde, Tel: 03334/352446, Mobil: 0162/7166198, eMail: KJP-Eberswalde@telta.de.

»Treibhäuser der Zukunft«

Filmabend in der Freien Oberschule Finow

Am Montag, den 9. Juni, zeigt die Freie Oberschule Finow den angemeldeten Schülern und ihren Eltern, wie Schule sein kann. »Treibhäuser der Zukunft« Reinhard Kahls seinen Film genannt.

Aus mehr als 200 Stunden Filmmaterial, gedreht im Unterricht und Schulalltag, mit Lehrern, Schülern und Eltern sowie mit Interviews von Wissenschaftlern, hat der Filmemacher und Bildungsjournalist das Bild einer möglichen Zukunft montiert, die in manchen Schulen längst begonnen hat. Gezeigt werden u.a. die Bodensee Schule in Friedrichshafen, die Jena-Plan-Schule in Jena, das Gymnasium Klosterschule in Hamburg und viele andere zwi-

schen Hertzen, Potsdam und Bremen. Diese Schulen haben Raum und Zeit des Lernens neu vermessen. Sie sind »Treibhäuser der Zukunft« geworden. Solch ein »Treibhaus der Zukunft« soll auch die Freie Oberschule Finow werden.

Die Filmvorführung in der Freien Oberschule Finow in der Biesenthaler Straße 14/15 beginnt um 18 Uhr. Neben den Schülern und Eltern sind selbstverständlich auch weitere Interessenten an unserem Schulprojekt gern gesehen. Anschließend gibt es ausreichend Gelegenheit zur Diskussion und Wurst vom Grill.

HARTWIN SCHULZ,
Vorsitzender des Freie Oberschule Finow e.V.

Geheimer Ehrenbürger

Eberswalde (bbp). In Eberswalde soll ein neuer Ehrenbürger ernannt werden. Nach General-superintendent Erich Schuppan und dem langjährigen Tierparkdirektor Günter Schulz wäre das der dritte Nachwende-Ehrenbürger. Die Stadtverordneten sollen am 29. Mai (nach Redaktionsschluß) in nichtöffentlicher Sitzung über die Ernennung entscheiden. Seitens der Fraktion der Linken wurde indes bereits Widerspruch zum Verfahren angekündigt.

»Die Ernennung ist eine höchst öffentliche Angelegenheit«, sagte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Sachse gegenüber der Barnimer Bürgerpost. »Es ist für uns unverständlich, wieso über so eine wichtige Sache im nichtöffentlichen Teil entschieden werden soll. Es hat den Anschein, als würde die Stadtverwaltung eine Beschädigung der Person befürchten, für den Fall, daß die Ernennung keine ausreichende Mehrheit der Stadtverordneten findet. Das ist nicht auszuschließen. Wenn die Verwaltung solche aber Befürchtungen hat, ist unverständlich, wieso sie es überhaupt auf eine Abstimmung ankommen läßt.«

Kritisch sieht die Fraktion zudem, daß die Ehrenbürgerschaft nicht zuvor im zuständigen Fachausschuß beraten worden ist. »Wir werden am 29. Mai die Behandlung im öffentlichen Teil und die Verweisung in den Fachausschuß beantragen«, so Sachse.

Straßenkulturfest

Eberswalde (prest-ew). Das 1. Straßenkulturfest in der neuen Mitte Eberswaldes am 7. Juni wird gemeinsam von Stadt, Fachhochschule und Stadtbummel e.V. organisiert. Lassen Sie sich begeistern von der Vielfalt und dem besonderen Charme, den dieses Fest ausstrahlen wird.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Enkelmann, Lange (2), Markmann (3), Richter (2), Steiner, Triller
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351
redaktionschluß: 24. Mai 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21.6.2008, 12 Uhr.

Freie Oberschule Finow

Zu den jeweils dienstags um 17 Uhr stattfindenden Sprechstunden können interessierte Schülerinnen, Schüler und Eltern genauer herausfinden, ob die Freie Oberschule Finow etwas für sie ist. Wer der Freien Oberschule mit Hilfe, Rat und Tat zur Seite stehen möchte, ist ebenfalls herzlich willkommen. Gesucht werden noch Patinnen oder Paten, die bereit sind, für Kinder aus sozial schwächeren Familien das monatliche Schulgeld oder einen Teil davon zu übernehmen. Spenden können auf das Konto des Trägervereins bei der Sparkasse Barnim (Konto 300 003 8689, BLZ 170 520 00) überwiesen werden. Für den Erhalt von Spendenquittungen wenden Sie sich bitte direkt an den Trägerverein.

Ab August 2008: Ganztagschule, berufsorientiert, individuelle Förderung

Biesenthaler Straße 14-15, 16227 Eberswalde,
 Kontakt: Hartwin Schulz (Tel.: 03334/383930), Günter Schumacher (Tel.: 0174/1840441)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)
 Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer	Bank	Bankleitzahl
Name, Vorname	Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in	
Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:		
		2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)